

Die Soziale Marktwirtschaft in heutiger Form ist ein Verrat der nicht ausformulierten Ursprungsidee

Die Befreiung eines Begriffs vom Missbrauch durch die politische Propaganda,
taugt er als Bezeichnung einer Ökonomie der Zukunft?

Hinweise auf die Entstehung der
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
und ihre künftigen Wirkungschancen

von
Tristan Abromeit

Anhang zum Text 162.2
April 2019

Text 162.3

Auszüge aus.

Dieter Haselbach

Franz Oppenheimer

*Soziologie / Geschichtsphilosophie
und Politik des „liberalen Sozialismus“, 1985*

Die Bodenreform / Das Modell der „Siedlungsgenossenschaft“
Zur Einbürgerung Oppenheimers in die „Soziale Marktwirtschaft“

Geist und Tat
Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur / September 1949

Europa erleidet eine Niederlage
von Willi Eichler

Die Machtmittel der Notenbank
von Hilmar Kalliefe / Th. Häbich

Anmerkungen zum Anhang

Zu Franz Oppenheimer

In dem Aufsatz von JULIAN DÖRR / MAXIMILIAN KUTZNER mit dem Titel „Außerparlamentarischer Wachhund“? Die Entstehungsgeschichte der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und deren Aktivitäten zur Vermittlung der Wirtschaftsordnung in Deutschland < in der *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 104, 2017/4, 487–524 las ich in einer Fußnote den Namen Dieter Haselbach ¹. Da ich im Allgemeinen ein schlechtes Gedächtnis für Personennamen habe, ist es verwunderlich, dass mich an seinen Name erinnerte und mir auch gleich sein Buch >*Franz Oppenheimer, Soziologe, Geschichtsphilosophie und Politik des „liberalen Sozialismus“* <, 1985, wieder einfiel, dass ich nach einer Begegnung in einer Tagung² der Ev. Akademie Loccum vom Verfasser erhalten habe. Ich war mit Dieter Haselbach ins Gespräch gekommen, weil er mich darauf aufmerksam machte, dass ich in einem Flugblatt, welches ich für die Tagung gefertigt hatte, den Namen von Franz Oppenheimer falsch geschrieben hatte. Es war der gleiche Raum, in dem ich am 7. Oktober 1972 in der Tagung *25 Jahre Soziale Marktwirtschaft* Ludwig Erhard das einzige Mal in natura erlebt habe. Ich kann mich erinnern, dass ich meine Fragen oder mein Beitrag mit „... aus marktwirtschaftlicher Sicht“ angekündigt habe und dass er murmelte „Das wird auch Zeit!“ oder so ähnlich. Es war eine Tagung über 4 Tage. Es wurden etwa 30 Vorträge gehalten und dann noch ein kontradiktorisches Gespräch mit 11 Teilnehmern. Als letzter auf dem Programm stand Wolfgang Frickhöffer, damals Vorsitzender des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg, mit dem Thema „Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft – Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung -.

Da ich ja Ludwig Erhard mehrfach zitiert oder auf ihn hingewiesen habe, fiel mir auch gleich wieder eine Aussage von Erhard über Franz Oppenheimer ein, die ich in einem früheren Text schon mal zitiert habe und daher nachfolgend leicht wiedergeben kann. Ich finde es erstens wichtig, dass wir uns hin und wieder an unsere Vor-uns-Denker erinnern, denn in irgendeiner Weise sind sie mit ihren Erkenntnissen, Visionen und Irrungen Bestandteil dessen, was die Gesellschaft nach ihnen denkt und in ihre Handlungen umsetzt. Je offener dieses Erinnern und je weniger es mit Vorurteilen verbunden ist, je höher kann der Ertrag aus der Beschäftigung mit dem sein, was die Altvorderen uns hinterlassen haben. Entmutigend ist aber,

1 Mehr Informationen unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Haselbach

2 Datum und Thema kann aus dem Kopf nicht sagen und ist hier auch nicht wichtig.

dass es so viel ist, was die Nachgeborenen zur Kenntnis nehmen müssten. Das wirkt dann überwältigend und erzeugt leicht eine Resignation. Daher kann man nur hoffen, dass immer wieder der eine oder andere Zeitgenosse Lesenswertes aus vergangener Zeit zutage fördert und präsentiert. Heute bin ich dran.

Zu Erhard Motivation: Er sagte:

Franz Oppenheimer, mein geliebter Lehrer, war ein Mann, der mit heißem Herzen, aber mit kühlem Kopfe an die Probleme herangegangen ist, und er hat alle verachtet, die in der Umkehrung mit schwülem Kopf und kaltem Herzen ein Volk beglücken zu können glaubten. Er hatte das rechte Augenmaß für die Dinge. Solange ich lebe, werde ich Franz Oppenheimer nicht vergessen! Ich werde glücklich sein, wenn die Soziale Marktwirtschaft - so vollkommen oder so unvollkommen sie auch sein mag - weiter zeugen wird auch für das Werk, für den geistigen Ansatz der Gedanken und die Lehre von Franz Oppenheimer. Ich glaube, daß viele Menschen es nicht zu ermessen wissen, wie viel sie einem einzigen Manne zu verdanken haben. Ich weiß es, und ich habe dem auch dadurch Ausdruck gegeben, daß in meinem Arbeitszimmer über lange Zeit nur ein Bild stand, das meines Lehrers Franz Oppenheimer. Ich glaube, er wäre auch damit einverstanden, wenn er wüßte, daß in der »Reihe bedeutender Deutscher« jetzt auch eine Marke mit dem Porträt von Franz Oppenheimer herausgegeben wird. Daß ich glücklich bin, auch zu dem »Franz-Oppenheimer-Institut« etwas beitragen zu können, versteht sich von selbst. Ich denke auch noch mit Wehmut und Trauer an den Abschied. Er hatte Tränen in den Augen, als er sagte: »Nun muß ich mein Vaterland verlassen.« Denn er fühlte sich als Deutscher. Er verkörperte im reinsten und edelsten Sinne deutschen Geist und deutsche Kultur. Seinem Andenken sei darum für heute und immerdar Dank und Ehre!

Hier übernommen aus einem eigenen Text: „Das Geld, das „Giralgeld“, das Kapital, der Zins und die Produktionsfaktoren haben schon viele kluge Köpfe verwirrt“ Mai 2006, Seite 146

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/38.0%20Vom%20Gelde%20und%20vom%20Kapital%204.06.odt.pdf>

Der ganze Text ist unter <http://www.franz-oppenheimer.de/le64a.htm> nachzulesen.

Weitere Informationen zu Franz Oppenheimer in Wikipedia:

> Franz Oppenheimer (geboren am 30. März 1864 in Berlin; gestorben am 30. September 1943 in Los Angeles) war ein deutscher Arzt, Soziologe, Nationalökonom, der sich auch für Zionismus einsetzte. < https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Oppenheimer

Es folgen als einkopierte Bilddateien: Die Titelseite, das Inhaltsverzeichnis und die Abschnitte „Die Bodenreform“ und „Das Modell der „Siedlungsgenossenschaft“ und dann der mit einem Texterkennungsprogramm eingescannte Teil „Zur Einbürgerung Oppenheimers in die „Soziale Marktwirtschaft“.

Dieter Haselbach

Franz Oppenheimer

Soziologie
Geschichtsphilosophie
und Politik des
„liberalen Sozialismus“



Leske + Budrich

Inhalt

Einleitung	7
I. Allgemeine Soziologie	21
1. Anthropologische Prämissen: Zur „Grundlegung“ der Soziologie	23
Die finalen Triebe	24
Die modalen Triebe	26
Das „Gesetz der Strömung“	27
Sittlichkeit und Reziprozität	28
2. Theorie der Gruppe: Einfache Determination	31
Individuum und Gruppe	31
Gruppe und Gesellschaft	32
Determinismus als „Hauptgesetz der Soziologie“	34
Gesellschaft – Organismus – System	36
3. Sozialer Wandel: Komplexe Determination	39
Statik und Dynamik, soziales System und sozialer Prozeß	40
Vom Determinismus zur Geschichte	43
Zusammenfassung: Natur und Fortschritt	48
II. Staat und Geschichte	55
1. Geschichtsphilosophische Grundbegriffe	57
2. Evolution und Naturrecht	61
Entwicklung und Geschichte	61
Die Genese von Staat und Recht	63
3. Überlagerungstheorie: Oppenheimers Staatslehre im wissenschaftshistorischen Kontext	68
Ludwig Gumplowicz: Oppenheimers Rezeption der „sociologischen Staatsidee“	69
4. Kapitalismus als Feudalismus I: In historischer Perspektive	75
Der primitive Eroberungsstaat	76
Der Feudalstaat	78
Absolutismus: Vom Feudalstaat zum kapitalistischen Staat	81
Exkurs: Norbert Elias' „Monopolmechanismus“	82
Der kapitalistische Staat	85
5. Kapitalismus als Feudalismus II: In ökonomischer Perspektive	87
Oppenheimer und Marx	87
Wert und Mehrwert	89

Die „Industrielle Reservearmee“	94
Ursprüngliche Akkumulation	97
Zusammenfassung: Marktwirtschaft und Geschichte	100
III. Politik und Politische Rezeption	115
1. „Siedlung“ als Projektion und Projekt des „liberalen Sozialismus“	117
Wissenschaft als Politik	117
Zum Subjekt-Problem	119
Die Bodenreform	124
Das Modell der „Siedlungsgenossenschaft“	127
Siedlungsprojekte im Rahmen der „Inneren Kolonisation“	130
Zionistische Siedlung	133
Oppenheimer als Zionist	138
Oppenheimers Gesellschaftsutopie – ausgepinselt	141
2. „Liberaler“ und „ethischer“ Sozialismus	146
Zur Ethik Leonard Nelsons	146
Nelson und Oppenheimer	148
Internationaler Jugendbund und Internationaler Sozialistischer Kampfbund	150
Ethischer Sozialismus in der SPD nach 1945	153
3. Zur Einbürgerung Oppenheimers in die „Soziale Marktwirtschaft“	156
Ordoliberalismus und „Soziale Marktwirtschaft“	156
Alexander Rüstows „Ortsbestimmung der Gegenwart“	159
Ludwig Erhard und Oppenheimer	168
Zusammenfassung: Zur Logik des „Dritten Weges“	171
Nachwort: Zur Rettung der utopischen Vernunft gegen die Kritik ihrer bloß	
mißlungenen Umsetzung. Nachbemerkung zu Franz Oppenheimers „Sprung	
über ein Jahrhundert“ von Michael Th. Greven	189
Verzeichnis der Abkürzungen	194
Literaturverzeichnis	194
Personenregister	206

Markt konkurrenzfähiger erweisen werden als die – sich seit der Industrialisierung in einer strukturellen Krise befindenden – Latifundien und landwirtschaftlichen Großbetriebe. Gesetz wird hier also auf die Konkurrenzmechanismen des freien (Agrar-)Marktes. Zum anderen sieht Oppenheimer mit dieser Organisation der landwirtschaftlichen Produktion – sofern sie massenhaft durchgesetzt ist – auch eine Lösung des Problems des Arbeitskräfteüberschusses durch entsprechende Nachfrage der Genossenschaften auf dem Arbeitsmarkt gegeben. Wie einer Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivität durch Arbeitsteilung und Kooperation prinzipiell keine Schranken gesetzt sind, so ist auch die ländliche Arbeiterproduktivgenossenschaft prinzipiell in der Lage, zunächst durch Intensivierung der Bodenbearbeitung und dann auch durch die Einführung eigener handwerklicher und schließlich industrieller Produktion, beliebig viele Arbeitskräfte als Genossen zu absorbieren.

Bevor Oppenheimers „Siedlungsgenossenschaft“ im Einzelnen diskutiert wird, ist es sinnvoll, einige Bemerkungen zum Kontext dieses Programms zu machen. Eine ganze Reihe von reformerischen Bestrebungen und Initiativen ranken sich seit den 1890er Jahren um das Projekt „Siedlung“ als Hebel gesamtgesellschaftlicher Innovation.

Zum einen ist dies die „Bodenreformbewegung“, mit der Oppenheimer einige wesentliche theoretische Prämissen und eine Perspektive teilte, nach der die „Frage der Grundrente“ die „soziale Frage“ schlechthin darstellt.

Zum zweiten sind dies die – sowohl von konservativer Seite als auch von Kreisen in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften initiierten und auch forcierten – Ansätze zur „inneren Kolonisation“, zur Landwirtschafts- und Stadtrandsiedlung. Am Rande dieses politischen Feldes der Innensiedlung hatte Oppenheimer selbst Gelegenheit, seine – auf Überwindung der „Bodensperre“ gerichteten – Siedlungskonzepte mit staatlicher Unterstützung praktisch zu erproben.

Resonanz und politisches Aktionsfeld fand Oppenheimer zum dritten in der zionistischen Bewegung, in der er mit seinem Modell der „Siedlungsgenossenschaft“ eine gewisse Rolle spielte, die ihm aber auch Feld war für ein – über die Planung und praktische Vorbereitung der jüdischen Siedlung in Palästina hinausreichendes – Engagement, zu dem zumindest einige Anmerkungen zu machen sind.

Die Bodenreform

Die Bodenreform als Programm und „Bewegung“¹¹ ist in Deutschland ein Kind gründerzeitlicher Industrialisierung:

„Von einer Bodenreformbewegung größeren Stils kann in Deutschland erst von der Zeit an gesprochen werden, wo das geltende Bodenrecht der freien privaten Benutzung und Ausnutzung zu augenfälligen Mißständen führte. Im allgemeinen ist das etwa seit dem Beginn der 70er Jahre, also seit der Reichsgründung und dann mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung in immer steigendem Maße der Fall. . . . Es stellten sich jene städtischen Mißstände ein, die die ernste Aufmerksamkeit des Volkswirts und des Sozialpolitikers wie des Hygienikers und des Architekten auf sich lenken mußten.“ (Kumpmann 1910, 235)¹²

Der Versuch einer sozialen Verortung der Bodenreform erweist sie – nicht so sehr in Hinblick auf die aktivierten gesellschaftlichen und politischen Potentiale als vielmehr die strategischen Optionen – als heterogenes Phänomen. Sie war zum einen philan-

tropische Bewegung, die sich vor allem auf die Lebensbedingungen des städtischen Proletariats bezog; zum anderen brach sich in ihr die Industrialisierungserfahrung der untergehenden Schicht des „alten Mittelstandes“, der selbstwirtschaftenden Handwerker und Kleinbesitzer, die mit der Dynamik der gründerzeitlichen Wirtschaftsentwicklung, mit den Veränderungen der städtischen Verhältnisse um ihre Konkurrenzfähigkeit fürchten mußten. Hier sind die Gründe dafür zu suchen, daß die Bodenreform nach der Jahrhundertwende „wesentlich auf die städtischen, zumal großstädtischen Verhältnisse abgestellt“ war (Kumpmann, ebd.), daß Verstädterung und Bodenspekulation, Wohnungsnot und Mietkasernenelend ihre zentralen Themen darstellten.

Den Angelpunkt bodenreformerischer Gesellschaftskritik bildete ganz allgemein die Frage der „Grundrente“, auf die sich die jeweiligen – keineswegs einheitlichen – Strategien zur Lösung nicht nur der angesprochenen Probleme, sondern der „sozialen Frage“ überhaupt richteten. Es lassen sich in der deutschen Bodenreformbewegung deutlich zwei Phasen unterscheiden, die – mit einer Zäsur 1898 – durch die Dominanz zuerst agrarsozialistischer und dann pragmatisch auf Steuerreform gerichteter Strömungen gekennzeichnet sind. Aus zeitgenössischer Perspektive unterscheidet *Karl Diehl* (1924) drei Konzepte bzw. Fraktionen, und zwar (1) die „Sozialisten“, für die die Gegnerschaft zum privaten Grundeigentum Teil der prinzipiellen Ablehnung von Privateigentum an Produktionsmitteln und -voraussetzungen war, sie sind für *Diehl* nicht „Bodenreformer“ im eigentlichen Sinne. (2) Den „Agrarsozialisten“ dagegen erschien eine Vergesellschaftung von Grundeigentum ausreichende Bedingung, um der Ökonomie den „kapitalistischen Stachel“ zu ziehen, zu dieser Fraktion zählt *Diehl* am Rande auch den „liberalen Sozialismus“ Oppenheimers. (3) Vor allem dem Einfluß *Adolf Damaschkes* schreibt *Diehl* es zu, daß ein Konzept von „Bodenreform im engeren Sinne“ seit der Jahrhundertwende ins Zentrum bodenreformerischer Diskussionen rückte: hier wurden nicht mehr die Eigentumsverhältnisse infrage gestellt, vielmehr sollte der durch die industrielle und städtische Entwicklung entstehende Bodenwertzuwachs steuerlich abgeschöpft werden¹³.

War die Bodenreformbewegung vor dem ersten Weltkrieg kaum mehr als eine der zahlreichen kleinbürgerlichen Sekten¹⁴, so wurde sie unter *Damaschke* in den zwanziger Jahren „massenwirksam“. Ihr Anhang war, wie die Verbreitung ihrer Publikationen, groß, ihre politischen Forderungen nach Ergänzung des Steuerrechts um eine „Bodenwertzuwachssteuer“ und eine „Steuer nach dem gemeinen Wert“ auf Grundeigentum wurden in einigen Städten und Gemeinden verwirklicht. Das Versprechen allerdings, das *Damaschke* in seiner 1902 zuerst erschienenen Schrift „Die Bodenreform“¹⁵ gegeben hatte, wurde nicht eingelöst und war auch nicht einzulösen: für ihn implizierten die Maßnahmen der Bodenreform einen „dritten Weg“ zwischen „Mammonismus und Kommunismus“, der „Friede zwischen Sozialismus und Individualismus“ stiften sollte. Trotz der Wendung gegen einzelne Aspekte kapitalistischer Ökonomie wurde die Marktwirtschaft nicht infrage gestellt, ging es *Damaschke* lediglich um eine Verstaatlichung der Grundrente: „... die Grundrente soziales Eigentum, Kapital und Arbeit aber der individuellen oder freien genossenschaftlichen Betätigung gesichert!“ (*Damaschke* 1923, 60)

Nicht nur in der Formel vom „Dritten Weg“ und nicht nur im Ziel der Gesellschaftsreform, der – wie Oppenheimer sich ausdrückte – „Synthese“ von „Sozialismus und Individualismus“ sind zwischen ihm und der Bodenreformbewegung Gemeinsamkeiten festzustellen; Parallelen ergeben sich schon in der „Diagnose“ der „sozialen Frage“. Wie der Bodenreform – hier allerdings in erster Linie ihrem „agrarsozialistischen“ Flügel – erschien Oppenheimer das private Grundeigentum in Form der „Bodensper-

re“ als die Ursache kapitalistischen Massenelends. In diesem Sinne bekannte er sich noch 1936 zur Bodenreform, versuchte, die Klassiker der Nationalökonomie zur Begründung und Legitimation des bodenreformerischen Credo heranzuziehen und sie in diesem Sinne „richtig“ zu interpretieren (Opp. 1936). Der Auseinandersetzung mit *Theodor Hertzka*, einem „freiländisch“ orientierten „liberalen Sozialisten“, der dem „Agrarsozialismus“ zuzurechnen ist, verdankt sich auch Oppenheimers erste Formulierung seiner Theorie, die Broschüre „Freiland in Deutschland“ (1895), in der er *Hertzkas* exterritorialer Reformutopie¹⁶ den Plan einer Freilandsiedlung „in Deutschland“ entgegensetzte¹⁷.

Aber auch nach der reformistischen Wende der Bodenreform in der Ära *Damaschke* brach sein politischer und persönlicher Kontakt zu den Bodenreformern nicht ab, arbeitete er im von *Damaschke* geleiteten „Bund Deutscher Bodenreformer“ mit, trat als Redner auf und beteiligte sich an den theoretischen Diskussionen der Organisation¹⁸. Von den Bodenreformern wurde er als einer der ihren empfunden. Da diese sich mit der Arbeiterbewegung in Konkurrenz um das „richtige“ Programm der Gesellschaftsreform wähnten, fand besonders Oppenheimers gepflegter Antimarxismus Anerkennung¹⁹, er entsprach dem Abgrenzungsbedürfnis der Bodenreformer. Gleichwohl opponierte Oppenheimer nicht nur gegen den „realpolitischen“ Kurs des Bundes, sondern auch gegen die dahinterliegenden theoretischen Orientierungen, sah er sich angesichts der Dominanz von Steuerreformkonzepten mit seinem Programm der Aufhebung der „Bodensperre“ letztlich an den radikalen Rand der Organisation gedrängt.

Besonders deutlich wird dies in einer Kontroverse, die 1905 in dem Verbandsorgan „Deutsche Volksstimme“ dokumentiert wurde. Oppenheimer kritisierte hier zwei Punkte: zum einen hielt er der großstädtischen Ausrichtung der Politik des Bundes seinen auf das ländliche Großgrundeigentum gerichteten Ansatz entgegen. Zum anderen monierte er die strategische Beschränkung auf die Bekämpfung lediglich der Bodenwertzuwächse, der spekulativen Gewinne aus Bodenbesitz. In Wendung gegen diese Konzentration auf die von der jeweiligen Lage eines Grundstücks abhängige Differentialrente und die Forderung nach deren steuerlicher Angleichung an die durchschnittliche Rente, lenkte Oppenheimer die Aufmerksamkeit auf die „Monopolrente“, auf die Tatsache des „Klassenmonopols“ am Boden und das Projekt seiner Beseitigung: „Die Differentialrente wächst in sozial schädlicher Weise nur auf dem Boden der Monopolrente und fällt mit ihr. Darum darf unser Kampf nur der Monopolrente gelten.“ (1905a, 48)

Auch wegen der mangelnden Mehrheitsfähigkeit des Programmes der Bodenreformer schien ihm die Konzentration auf steuerpolitische Fragen und besonders die Orientierung an *Henry Georges* „single tax“ auf den Grundbesitz als Fernziel ein Fehler: „Die zur Beseitigung der Renten-Differenz ersonnene Single Tax hat die kompakte Mehrheit fast aller Kulturvölker zu geborenen Gegener, alle Grundeigentümer in Stadt und Land, und um so weniger Aussicht auf Erfolg, weil sie nur durch gesetzgeberische Maßnahmen zur Einführung gelangen kann.“ (ebd., 49) Oppenheimer forderte – in seinem Sinne – „radikalere“ Maßnahmen:

„Der zur Beseitigung der Monopolrente notwendige Kampf aber richtet sich nur gegen ein paar Tausend Großgrundeigentümer und bedarf nicht einmal gesetzgeberischer Maßnahmen. Eine Massenvolksbewegung könnte das Monopol ohne Schwierigkeiten auskaufen.“ (ebd.)

In der Antwort des zweiten Vorsitzenden des „Bund Deutscher Bodenreformer“ *Adolf Pohlman* auf die Kritik Oppenheimers kommt der reformistische Charakter der von *Damaschke* aus dem radikalbürgerlichen Ghetto herausgeführten Bewegung zum Tragen. Nicht die Grundrente an sich, sondern nur die Teile, die dem Kapital und nicht

dem Staat zufließen, markierte *Pohlman* als Problem und Gegenstand bodenreformerischer Politik. Er witterte bei Oppenheimer einen Hang zu anarchistischen Bestrebungen, sah sich genötigt, zu betonen, daß – analog zum Recht der Feudalherren und der Kirche in der mittelalterlichen Gesellschaft, den Zehnten einzustreichen – von der Bodenreformbewegung das Recht des Staates, Steuern zu erheben, nicht bestritten werde. Mit der Erhebung bodenreformerischer Steuern sei vielmehr der Staat in diesem Recht bestärkt, flössen ihm auch die vom „Kapital“ vorenthaltenen Beiträge zu. „Die Rückgewinnung dieses Teils für den Staat und die Anerkennung seiner Pflicht, den vaterländischen Boden nur zum Gebrauch, nicht zum Mißbrauch wegzugeben, ist der Inhalt unserer ganzen Bewegung.“ (*Pohlman* 1905, 360) Denn – so *Pohlman* weiter (ebd., 365) – „... nicht, daß eine Grundrente vorhanden ist, ist der Schaden, sondern daß sie in verkehrte Hände kommt.“

Der steuerreform-orientierten Bodenreformbewegung nach 1898 waren – der Logik ihrer politischen Zielsetzung entsprechend – die Besitzverhältnisse am Boden gleichgültig; Oppenheimers Politik zur „Entsperrung“ des Bodenmonopols der Grundeigentümerklasse schien, da die Folgen privaten Bodenbesitzes steuerlich ausgeglichen werden sollten, überflüssiger Radikalismus. Seine Propaganda für die „Siedlungsgenossenschaft“, mit der er das Großgrundeigentum „auskaufen“ wollte, stand, seit sich der Bund entschlossen hatte, Politik auf jene Fragen der Steuergesetzgebung zu konzentrieren, außerhalb des Spektrums bodenreformerischer Strategien, wie auch sein Ansetzen bei der ländlichen „Bodenfrage“ ihn in Gegensatz zu den Bodenreformern brachte. Das letzte Band zwischen den die alten agrarsozialistischen Positionen der frühen radikalen Bewegung verlassenden Bodenreformern und dem „liberalen Sozialismus“ Oppenheimers blieb die Überzeugung, daß die „soziale Frage“ „Bodenfrage“ ist.

Das Modell der „Siedlungsgenossenschaft“

In Umrissen ist Oppenheimers Projekt der Siedlungsgenossenschaft, wie es sich aus seiner Kritik des Kapitalismus⁹, aus der Kritik der „Bodensperre“ als feudalem Residuum in der Marktgesellschaft ergeben hatte, schon oben skizziert worden. Oppenheimer muß es – als Konsequenz seiner Analyse – darum gehen, den Zustrom, der „industriellen Reservearmee“ in die industriellen Zentren, in die Gebiete funktionierender Marktwirtschaft zu unterbinden, seine Gesellschaftsreform muß auf dem Lande ansetzen.

Die konkreten Anforderungen an die „Siedlungsgenossenschaft“ lassen sich in Rückgriff auf Oppenheimers „Gesetz der Strömung“ fassen: die „Siedlungsgenossenschaft“ muß ein dauerhaftes „Minimum“ sein, ein Ort „sinkenden sozialen und ökonomischen Druckes“ dort, wo die „industrielle Reservearmee“ entsteht, im Gebiet des Großgrundeigentums; sie muß dabei so beschaffen sein, daß sie ein „Abströmen“ an der Quelle verhindern kann. Im Hinblick auf diese Anforderungen stellt die „Siedlungsgenossenschaft“ eine „utopische Insel“ realisierten „liberalen Sozialismus“¹⁰ dar, eine Insel in der Gesellschaft allerdings, deren Gegenentwurf sie ist. Deutlich zeigt sie hier noch Spuren ihrer theoretischen Genese: Oppenheimer formulierte die „Siedlungsgenossenschaft“ als Kritik am – im klassischen Sinne utopischen – Plan *Hertzkas*, jenseits der kapitalistischen Gesellschaft und abgeschottet von ihren Einflüssen eine „Freiland-Kolonie“ einzurichten; Aufgabe liberal-sozialistischer Gesellschaftsreform sei es aber nicht – so

Oppenheimer –, in Übersee eine ideale Gesellschaft zu errichten, Aufgabe sei es vielmehr, sich der „sozialen Frage“ in den kapitalistischen Gesellschaften selbst zu stellen, vor Ort eine Antwort zu suchen.

Die „Siedlungsgenossenschaft“ ist hier als eine Zelle des rein verwirklichten „ökonomischen Mittels“ innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft vorgestellt, sie soll im Kleinen die „reine Ökonomie“ realisieren und den Kapitalismus der Umgebung mit nur marktwirtschaftlichen Mitteln überwuchern, verdrängen. So wie es der „Akt“ der Unterwerfung war, der Unterdrückung, Staat, Geschichte in die Welt brachte, so ist es die „Tat“ und der „Entschluß“ zu ihrer Realisierung, der – abgesehen von den eher unbedeutenden finanziellen Voraussetzungen – die „Siedlungsgenossenschaft“ ins Werk setzen kann.

Des weiteren ist die „Siedlungsgenossenschaft“ Genossenschaft – Oppenheimer stellt sie bewußt nicht nur in den Kontext der klassischen utopisch-sozialistischen Siedlungskonzepte, sondern auch in die kleinbürgerliche und proletarische Tradition der Genossenschaftsbewegung, bezieht sich auf *Schulze-Delitzsch* und seine Handwerker-genossenschaften wie auf *Raiffeisens* landwirtschaftliche Produzentengenossenschaften, auf *Viktor A. Hubers* Produktivgenossenschaften wie auf die besonders in England breite Konsumgenossenschaftliche Bewegung. Nicht aber auf den „genossenschaftlichen Geist“, den genossenschaftlichen Idealismus²⁰ will Oppenheimer aufbauen, vielmehr soll die genossenschaftliche Integration als real-utopische Vorwegnahme der „reinen Wirtschaft“ auf vollständiger Interessenharmonie ruhen.

Unter den realisierten Genossenschaftsformen fand Oppenheimer diese Bedingung der Harmonie nur in der Konsumgenossenschaft, der Genossenschaft von „Käufern“ realisiert: unter Käufern – so führt er aus – gibt es keinen „feindlichen Wettbewerb“, keine Verdrängungskonkurrenz, hier gibt es bei Verknappung von Gebrauchsgütern immer die Möglichkeit, auf Surrogate zurückzugreifen, sich zu arrangieren; der genossenschaftliche Zusammenschluß ist hier also zu Aller Vorteil. „Verkäufer“ einer Ware hingegen, industrielle oder landwirtschaftliche Produzenten, sind auf den Verkauf ihres einen Produktes existenziell angewiesen, zwischen den Verkäufern einer Warengruppe herrscht scharfer, feindlicher Wettbewerb, sie können sich also wegen grundlegender Interessendifferenzen nicht dauerhaft genossenschaftlich organisieren²¹.

Trotzdem muß die „Siedlungsgenossenschaft“ für Oppenheimer auch produzierende Genossenschaft sein, kann sie sich nicht auf genossenschaftliche Organisation des Konsums beschränken:

„Das eine ist von vornherein klar: nur die Produktivgenossenschaft kann das Lohnsystem verdrängen. Denn als Käufer stehen die Arbeiter unter denselben primären Gesetzen der Wirtschaft, wie alle anderen Klassen, und werden nur von einigen sekundären Schäden im besonderen geplagt, deren Abhilfe die Konsumgenossenschaften auf sich nehmen können. Das eigentliche Übel aber trifft sie in ihrer Eigenschaft als Produzenten, und als solche müssen sie sich zusammenschließen, wollen sie sich emporheben.“ (Opp, 1896a, 160)

Als Produktivgenossenschaft ist die „Siedlungsgenossenschaft“ jedoch so zu organisieren, daß sie nicht dem „Gesetz der Transformation“ unterliegt – einem Gesetz, in das Oppenheimer seine Beobachtung faßt, daß erfolgreichen Arbeitergenossenschaften die Tendenz eignet, sich in Kapitalgesellschaften umzuwandeln, von der Seite der Arbeit auf die des Kapitals überzuwechseln; dies nicht – wie er betont – aus Mangel an genossenschaftlicher Solidarität, sondern wenn nicht freiwillig, dann aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit mit anderen Produzenten²².

Die Konkretisierung dieser idealen, allen erwähnten Bedingungen genügenden „Siedlungsgenossenschaft“ kann sich für Oppenheimer nur in mehreren Schritten vollzie-

hen²³. Auf einem hinreichend großen Siedlungsareal, etwa einem der großen ostelbischen Gütern, wird in einem ersten Schritt die Gewinn-Beteiligung der Arbeiter eingeführt. Durch von einer fachmännischen Leitung betriebene landwirtschaftliche Ausbildung auf der einen Seite, durch den Anreiz der Beteiligung auf der anderen werden die landwirtschaftlichen Arbeiter an eigenverantwortliches Wirtschaften herangeführt.

Auch in der zweiten Phase bleibt das Zentralgut Rückgrat der Wirtschaft im siedlungsgenossenschaftlichen Betrieb, der nun aber in den Besitz der genossenschaftlich organisierten Arbeiter übergeht. Sie werden als die neuen Inhaber – davon ist Oppenheimer überzeugt – die bisherige Betriebsleitung, nun als Personal der Genossenschaft, zu den alten Bedingungen übernehmen und weiter in ihren angestammten Funktionen beschäftigen. Die Außenschläge des Gutes, jene Teile, die von der Zentrale aus nicht mit vertretbarem Aufwand zu bewirtschaften sind, werden günstig und langfristig an Interessenten aus dem Kreise der Genossen verpachtet, die als Kleinlandwirte dann nur noch einen Teil ihrer Arbeitskraft dem Zentralgut zur Verfügung stellen. Da diese Privatproduzenten am betrieblichen Maschinenpark partizipieren, wird auch in diesem Produktionssektor ein vom alleinwirtschaftenden Landwirt nicht zu erreichendes technisches Niveau sichergestellt.

In diesem Zustand scheint Oppenheimer die landwirtschaftliche Genossenschaft von äußeren Konjunkturbedingungen weitgehend unabhängig zu sein, da sie selbst, wenn die Produkte des Zentralgutes oder der Kleinwirte am Markt nicht unterzubringen sind, als im wesentlichen Selbstversorger-Organisation nicht gefährdet ist: In diesem Punkt gelingt der Konzeption nach die Integration von „Verkäufer-“ und „Käufergenossenschaft“. Vergleicht man mit industriellen Produktivgenossenschaften, so stellt die landwirtschaftliche Genossenschaft als produktiver Zusammenschluß gleichwohl wesentlich eine „Käufergenossenschaft“ dar, sie verkauft nur Überschüsse, ist zur Existenzsicherung der Genossen nicht auf diesen Verkauf angewiesen.

Hat sich die Genossenschaft so als eine „landwirtschaftliche Arbeiterproduktivgenossenschaft“ etabliert, kann zur dritten Integrationsstufe, der einer echten „Siedlungsgenossenschaft“ fortgeschritten werden. Diese Stufe ist dann erreicht, wenn es zur Ansiedlung selbständiger Handwerker kommt:

„In dem Augenblicke, wo ein selbständiger Handwerker der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaft beitrifft, entschlossen, sich in seinem Berufe frei sein Brot zu erwerben, ist die Genossenschaft in ihrem innersten Wesen verwandelt. Sie ist eine Stufe emporgestiegen, sozusagen aus der Kindheit zur Mannheit, zu der höchsten überhaupt denkbaren Form der rein ökonomisch menschlichen Verbindung, zur Siedlungsgenossenschaft.“ (Opp. 1896a, 469)

Der Handwerker pachtet zur Selbstversorgung ein kleines Stück Gartenland, bei dessen Bewirtschaftung er von der Genossenschaft unterstützt wird; die Mitgliedschaft im Konsumverein der Siedlung garantiert ihm eine billige Lebenshaltung. Er ist nicht wie die bäuerlichen Mitglieder der Genossenschaft zur Arbeit auf dem Zentralgut angehalten, kann aber dort jederzeit Arbeit finden, wenn sein Gewerbe ihm kein Auskommen verschafft; außer regelmäßigen Steuer- und Pachtzahlungen hat er gegenüber der Genossenschaft keine Verpflichtungen. Aufgrund solcherart günstiger Produktionsbedingungen ist kaum mit Konkurrenz seitens genossenschaftsfremder Handwerker zu rechnen.

Auch für die Siedlungsgenossenschaft bedeutet die Mitgliedschaft der Handwerker-genossen ökonomischen Gewinn; als neue Konsumenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse tragen sie dazu bei, daß der Absatz zunehmend innerhalb der Siedlung gesichert wird, damit auch die Transportkosten zu auswärtigen Märkten in steigendem Maße fortfallen, der Gesamtertrag zugunsten aller Genossen also steigt. Aus Eigeninteresse

wird die Genossenschaft jeden Siedlungswilligen mit offenen Armen aufnehmen.

Ähnliches gilt für die Aufnahme weiterer Landarbeiter: in dem Maße, wie neue Arbeitskräfte in die landwirtschaftlichen Betriebe einströmen, können diese – so Oppenheimer – in ertragreicher Intensivkultur bewirtschaftet werden; jeder neue Genosse ist zudem ein neuer Konsument, bedarf handwerklicher Produkte, was wiederum den Zuzug von Handwerkern befördert etc.

Die Siedlungsgenossenschaft kann also unbegrenzt jedem zuziehenden Siedlungswilligen ein Recht auf Arbeit garantieren, hat praktisch unbegrenzte Möglichkeiten, vorhandene Arbeitsbereiche auszubauen oder neue zu erschließen²⁴, alle Genossen teilen das Interesse am fortwährenden Zuzug neuer Siedler, weil dies zur ökonomischen Stärkung der Genossenschaft beiträgt – die Siedlungsgenossenschaft unterliegt, obwohl Produktivgenossenschaft, nicht dem „Gesetz der Transformation“.

Spätestens in dieser entwickelten Gestalt übt die Genossenschaft nun einen merklichen Sog auf ihre Umgebung, auf die kapitalistische Gesellschaft aus: Niemand ist mehr bereit, außerhalb zu leben, wenn ihm innerhalb weit bessere Lebensbedingungen geboten werden, das Land wird entvölkert und entwertet, kann über kurz oder lang zu äußerst günstigen Bedingungen aufgekauft werden. Nach der Arbeit von mehreren Generationen wird so, ausgehend von einigen siedlungsgenossenschaftlichen Zentren, der gesamte deutsche Grundbesitz in genossenschaftliche Verfügungsgewalt gebracht worden sein; alles Land ist dann „Freiland“, da die Genossenschaften keinen privaten Grundbesitz mehr zulassen; das gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ist grundlegend reformiert. „Die siegreiche Art wird sich schnell über die Kulturwelt verbreiten und die altersschwach gewordenen Formen vernichten.“ (Opp 1896a, 492)²⁵ – Es ist hier nicht der Ort, weiter in die Einzelheiten zu gehen²⁶.

Nicht ausdrücklich, aber deutlich genug nahm Oppenheimer später von manchen der 1896 noch einigermaßen blauäugig formulierten Prognosen Abstand. Gleichwohl blieb das Programm der „Siedlungsgenossenschaft“ in seinen Grundzügen immer Grundlage seiner „politischen“ Aktivitäten.

Betrachtet man die skizzierte Entwicklung der „Siedlungsgenossenschaft“ von der agrarischen Anteilswirtschaft bis hin zur zunächst handwerklichen, dann industriellen Integration und schließlich bis zur Verdrängung des „Kapitalismus“, so wird deutlich, daß hier das Modell der „reinen Wirtschaft“ als das einer Gegengeschichte und Gegenökonomie Pate gestanden hat. Mit der „Siedlungsgenossenschaft“ organisiert sich die „Entfaltung der Marktwirtschaft“ von den einfachen Anfängen der Bodenbearbeitung bis hin zur industriellen Entwicklungsstufe immanent, ohne Einspielen des „politischen Mittels“ – sie ist Real-Utopie, in der Geschichte revidiert werden soll, in der Gesellschaft sich neu und „richtig“ rekonstruiert. Die „Siedlungsgenossenschaft“ ist das reformpolitische Pendant zu Oppenheimers Geschichtsphilosophie.

Siedlungsprojekte im Rahmen der „Inneren Kolonisation“

Am 5. Oktober 1905 gab Oppenheimer vor dem 15. Bundestag der deutschen Bodenreformer in Berlin (vgl. 15. Bundestag 1905) bekannt, daß ihm am selben Tag das Gut Wenigenlupnitz bei Eisenach zugesprochen worden war, auf dem er die von ihm propagierte „Siedlungsgenossenschaft“ zu verwirklichen gedachte. Man merkt dem – im Protokoll (ebd., 625) wörtlich wiedergegebenen – Statement die Erregung Oppenheimers noch an:

3. Zur Einbürgerung Oppenheimers in die „Soziale Marktwirtschaft“

Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist seit den fünfziger Jahren staatskonforme wirtschaftspolitische Doktrin in der Bundesrepublik Deutschland, in ihr erlebt liberale Wirtschaftsverfassung eine Renaissance als staatliche Ordnungspolitik. Besonders manifest, aber keineswegs ausschließlich an seinem 100. Geburtstag und namentlich von Ludwig Erhard, Symbolfigur der Politik „Sozialer Marktwirtschaft“, wurde Oppenheimer zum Vorläufer der „Sozialen Marktwirtschaft“ stilisiert, dessen Erbe und Anliegen man mit deren Einrichtung verwalte“.

Ordoliberalismus und „Soziale Marktwirtschaft“

Da der Ordoliberalismus das profilierteste Konzept für „Soziale Marktwirtschaft“ darstellt, ist an dieser Stelle ein Exkurs zur Wissenschaftsgeschichte dieser Spielart des Neoliberalismus angebracht. Wirtschaftsliberale Ansätze waren um die Jahrhundertwende in der universitären Wissenschaft fast völlig zurückgedrängt. Erst nach dem ersten Weltkrieg kam es zur Restitution liberaler Theorie, bildeten sich international mehrere Strömungen heraus, die zum Teil die wirtschaftspolitische Diskussion bis heute bestimmen und die jeweils Strategien zur Bewältigung der offensichtlichen Labilität kapitalistischer Volkswirtschaften einschlossen. Becker (1965, 39 f.) unterscheidet in diesem Spektrum im wesentlichen drei Richtungen, und zwar (1) die „Neoklassik“, die direkt an die Klassiker der politischen Ökonomie anzuknüpfen suchte; (2) die „Oxfordliberalen“, die, im Anschluß an Keynes, eine Regulierung und Verstetigung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses durch dynamische staatliche Steuerung propagierten; und (3) die Fraktion der Ordoliberalen.

Innerhalb dieser letzten Fraktion markiert Becker drei Unterströmungen. Es ist dies zunächst die Kerngruppe, der Kreis der „Freiburger Schule“ um Walter Eucken (Bekker 1965, 43f.), in der die ordoliberalen Doktrin v.a. in wirtschaftswissenschaftlicher Hinsicht ausgebaut und ihre wirtschaftspolitische Anwendung forciert wurde. Mit dem „soziologischen Neoliberalismus“ bezeichnet Becker (44) eine zweite Gruppe, die über den engeren Rahmen der nationalökonomischen Theoriebildung hinaus „als Ergebnis soziologischer Studien ein gesellschaftspolitisches Leitbild entwickelt“ habe und der er Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow zurechnet¹¹³. Den „extremen Flügel“ des Ordoliberalismus schließlich (46f.) repräsentiert Friedrich August von Hayek, dessen Zuordnung zum Ordoliberalismus allerdings - auch für Becker - nicht unproblematisch ist, da von Hayek in vieler Hinsicht eher der Neoklassik zuzuschlagen wäre.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich - nach einer kurzen Skizze der ordoliberalen Doktrin selbst und einigen Bemerkungen über das Verhältnis von Ordoliberalismus und „Sozialer Marktwirtschaft“ - in erster Linie auf die Oppenheimer-Rezeption und auch -Adaption durch Vertreter des soziologischen Neoliberalismus.

1932 entstanden, unabhängig voneinander, zwei Arbeiten, die die Ordoliberalen als ihre ersten „Manifeste“ zitieren; beide sind Auseinandersetzungen mit den Ursachen der Weltwirtschaftskrise. Es ist dies zum einen ein Auf-

satz Walter Euckens im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ und zum anderen ein Vortrag Alexander Rüstows vor dem „Verein für Socialpolitik“ (Rüstow 1963).

Rüstow geht es in seinen Ausführungen um eine Erklärung der Weltwirtschaftskrise, die den Marktmechanismus aus dem Kreis der Krisenursachen ausdrücklich auszuschließen sucht, um dann in der Strategie zur Bewältigung der Krise auf eben diesen Mechanismus zu setzen¹¹⁴. Nicht ein Defizit der Selbststeuerungskapazität von Marktwirtschaft, sondern der Staat mit seiner Politik erscheint hier als „Schicksal der Wirtschaft“ (Rüstow 1963, 250), als Störfaktor des liberalen Ausgleichsprozesses. Solche Kritik staatlicher Intervention erinnert an Oppenheimers Kritik des „politischen Mittels“, die ihn zur Konzeption einer Politik der Abschaffung von Politik geführt hatte. Rüstow dagegen zieht die entgegengesetzte Konsequenz, fordert nicht ein Zurücktreten staatlicher Regelungskompetenz in die Gesellschaft, sondern lediglich deren Modifikation, möchte einen Lernprozeß initiiert sehen, der darauf hinausläuft, daß staatliche Eingriffe nicht mehr „entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze“ wirken, „nicht zur Aufrechterhaltung des alten, sondern zur Herbeiführung des neuen Zustandes, nicht zur Verzögerung, sondern zur Beschleunigung des natürlichen Ablaufs“ führen (252f.)

Mit dieser Forderung nach „liberalem Interventionismus“ (ebd.) - oder, wie Röpke sich später mit leicht anderem Zungenschlag ausdrücken sollte: „konformem Interventionismus“ (1979, 258ff., 364ff.)¹¹⁵ - impliziert Rüstow die beständige Möglichkeit krisenhafter Entgleisung der selbstregulierenden Marktwirtschaft und begibt sich damit in einen Gegensatz zur klassisch liberalen Utopie:

„Man hat dem alten Liberalismus vorgeworfen und wirft ihm noch heute vor, wenn man ihn als Manchestertum beschimpft, er habe einen schwachen Staat, einen Nachtwächterstaat gefordert.

... Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört. Und mit diesem Bekenntnis zum starken Staat im Interesse liberaler Wirtschaftspolitik, und zu liberaler Wirtschaftspolitik im Interesse eines starken Staates (!), denn das bedingt sich gegenseitig, mit diesem Bekenntnis lassen Sie mich schließen.’ (Rüstow 1963, 258)

Schon an dieser Stelle ist ein zentraler Widerspruch ordoliberaler Politikstrategie zu bezeichnen: Dieser Staat, stark und als unabhängige Instanz über den gesellschaftlichen Interessen schwebend, marktkonform die Bedingungen marktwirtschaftlicher Vergesellschaftung durch seine Intervention herstellend und beständig sichernd, dieser Staat ist derselbe, der in der ordoliberalen Analyse kapitalistischer Krise für die „krisenhaften Entartungen“ von Marktwirtschaft verantwortlich gehalten wird. Wie nun der Staat des Ordoliberalismus einen solchen fundamentalen Bestimmungs- und Funktionswechsel vollziehen soll, aufgrund welcher Bedingungen er sich aus seinen Verflechtungen mit gesellschaftlichen Interessen zu lösen vermag, um sie als „starker Staat“ souverän zu regulieren, bleibt unklar und wird auch in anderen Überlegungen Rüstows, mit denen wir uns weiter unten befassen

werden, nicht klarer.

Die Synthese von Wirtschaftsliberalismus und der an sich konservativen Forderung nach einem „starken Staat“, wie sie Rüstow in diesem Vortrag skizziert, kann - im zeithistorischen Kontext betrachtet - als ein Versuch interpretiert werden, den zeitgenössischen Konservatismus aus seiner putschistischen Konfrontation mit dem Weimarer Staat herauszuführen, ihm die romantische „konservativ-revolutionäre“ Spitze zu brechen. Es kündigt sich hier eine neue historische Qualität konservativer Gesellschaftstheorie an: ein Konservatismus, der nicht mehr aus der Perspektive verklärter Vergangenheit die Kritik des Bestehenden betreibt, sondern aus der Perspektive der Gleichzeitigkeit die Kritik der gefürchteten sozialistischen Zukunft. Doch zurück zu den Anfängen ordoliberaler Politikstrategie.

Walter Eucken konzentriert sich in seinem Aufsatz auf das Kriterium, an dem sich „liberaler Interventionismus“, die Wirtschafts- und Ordnungspolitik des „starken Staates“ auszurichten habe; Maxime ist hier die „vollständige Konkurrenz“ (vgl. Blum 1969, 63ff.), die allein die ökonomische Leistungsfähigkeit der Marktteilnehmer als legitimen wertbestimmenden Faktor im Tauschakt zuläßt. Der Staat hat gegebenenfalls dieser idealen Konkurrenz entgegenwirkende andere Faktoren, wie etwa Machtkonzentration, Oligopole, Monopole, Kartelle etc., in seine Regie zu nehmen und ihnen ein Verhalten aufzuzwingen, das nach dem „heuristischen Vorbild“ der „vollständigen Konkurrenz“ (Dürr 1954, 95) „wettbewerbsanalog“ ist, so, „als ob Wettbewerb bestünde“ (ebd., 89).

Der eben angedeutete Widerspruch der ordoliberalen Argumentation ist auch hier virulent. Die Orientierung staatlicher Intervention am „heuristischen Vorbild“ Wettbewerb unterstellt, daß die Ergebnisse der autodynamischen wettbewerblichen Regulierung des Wirtschaftsprozesses vorab, als Maßstab staatlichen Handelns, gewußt werden können. Dies dementiert letztlich die Notwendigkeit des Konkurrenzmechanismus' als konstitutivem gesellschaftlichen Regelungsmechanismus, dementiert die Notwendigkeit von Marktwirtschaft. Der Ordoliberalismus rückt damit in unfreiwillige Nähe zum Modell staatlicher Zentralplanung.

Hier kann eine erste Bemerkung über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ordoliberalen und der Analyse Oppenheimers des Verhältnisses von Kapitalismus und Marktwirtschaft eingeschoben werden. Wie Oppenheimer gehen die Ordoliberalen von einer grundsätzlichen Unterschiedlichkeit von Wirtschaft und Politik aus, sehen sie mit der „vollständigen Konkurrenz“ den historischen Kapitalismus zu liberaler, zeitloser Marktwirtschaft geläutert 116. Diese Gemeinsamkeiten hebt auch Dürr (1954, 19) hervor:

„Die Kritik des Ordoliberalismus an der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (ordre positif) geht von der Auffassung aus, die auch schon Oppenheimer vertrat, daß das Verlangen des ‚Kapitalismus‘ auf eine unvollkommene Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Ordnung zurückzuführen ist.“ ¹¹⁷

Entgegengesetzt sind die Vorstellungen Oppenheimers und der Ordoliberalen

len hinsichtlich der Selbstregulierungskapazität „wirklich“ marktwirtschaftlicher Gesellschaften. „Freie Konkurrenz“ war für Oppenheimer ein sich selbst herstellendes Resultat der von ihren monopolistischen Schranken befreiten Marktwirtschaft. „Vollständige Konkurrenz“ ist für die Ordoliberalen hingegen Maßstab staatlicher Intervention und eben nicht ein in sich stabiler wirtschaftlicher Zustand.

Wie läßt sich nun das Verhältnis von Ordoliberalismus und „Sozialer Marktwirtschaft“ bestimmen? Es wäre sicher zu einfach, mit Joachim Starbatty (1982) Neoliberalismus und „Soziale Marktwirtschaft“ als Synonyme zu behandeln. Beckers Bezeichnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ als einer „Kompromißlösung“ zwischen verschiedenen Gruppen, darunter den Ordoliberalen und von der katholischen Soziallehre beeinflussten politischen Kreisen (Becker 1965, 47)¹¹⁸, ist eher zutreffend. Für erstere war - darauf hat Blum (1969, 90ff., 121ff.) hingewiesen - die Formel von der „Sozialen Marktwirtschaft“ zunächst eine dankbar aufgenommene begriffliche Konzession an dominante wirtschaftspolitische Topoi der unmittelbaren Nachkriegszeit, bedeutete ein zumindest verbales Zugeständnis an die allseitigen Forderungen nach Sozialisierung, nach sozialer Umgestaltung der Wirtschaft¹¹⁹. Dieser Funktion einer wirtschaftspolitischen Integrations- und Kompromißformel, in die der Begriff hineinwuchs, entspricht seine geringe theoretische Präzision; ihm haftet - so Becker (1965, 49) - eine gewisse „Mehrdeutigkeit“ an, seine Verwendung scheint eher „pragmatisch“ als theoretisch bestimmt (ebd., 48). Gleichwohl fand er seine Vertreter in den Reihen unterschiedlicher wirtschaftstheoretischer Ansätze. Adolph Löwe notierte nicht ohne Ironie:

The neo-liberal doctrine of a ‚social market economy‘ is still in the process of formation, and the relative emphasis upon the twin concepts of ‚social‘ and ‚market‘ differs considerably among the various representatives. (1955, 230)

Aber auch, wenn man das Feld der Wirtschaftstheorie verläßt und versucht, den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ anhand der unter seinen Vorzeichen betriebenen Politik zu präzisieren, kommt man zu keinem befriedigenden Ergebnis. Die Wirtschaftspolitik zunächst der deutschen Verwaltung in den Westzonen und später der Bundesregierungen stand in einem Spannungsfeld verschiedenster Interessen, reflektierte keineswegs eine einheitlich - etwa ordolibérale - Linie. Ebensowenig kann das landläufige zeitgeschichtliche Vorurteil, daß es „die“ „Soziale Marktwirtschaft“ gewesen sei, der sich das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger und sechziger Jahre verdanke, angesichts der komplexen wirtschaftshistorischen Realität irgendeine Plausibilität für sich beanspruchen¹²⁰. Die Annahme, daß es sich bei der „Sozialen Marktwirtschaft“ mehr um ein Ideologem als um ein faßbares, theoretisch fundiertes wirtschaftspolitisches Konzept handelt, hat also Gründe für sich. Im Folgenden soll nun versucht werden, die Affinitäten und Unterschiede von „Sozialer Marktwirtschaft“ und „liberalem Sozialismus“, von den Strategien der Ordoliberalen und der Oppenheimers weiter zu präzisieren, hier bietet sich die Auseinandersetzung mit der Position Alexander Rüstows an.

(S. 156 f. Ohne Fuß- und Endnoten) (Ende Haselbach!)

Zu den Texten aus der Monatsschrift Geist und Tat vom September 1949

Nach meiner Wahrnehmung ist diese Zeitschrift aus dem SPD-Umfeld herausgegeben worden. Im Netz habe ich keine weiteren Hinweise gefunden. Den ersten Artikel, den ich eingescannt habe, bezieht sich wohl auf die 1. Bundestagswahl. Dass sie nicht benannt ist, liegt wohl daran, dass 1949 wohl jeder Leser dieser Zeitschrift wusste, wovon die Rede war. Die eigene Wahlniederlage wurde als Niederlage Europas empfunden. Und da die Sozialdemokraten sicher ihr Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell als das bessere gegenüber des begonnenen marktwirtschaftlichen Systems hielt, war das Urteil auch gerechtfertigt. Die Sozialdemokraten erreichten in dieser Wahl 29,2 % der Wählerstimmen und die Union 31,0. Die SPD war also nur knapp unterlegen³. Dass im SPD-Umfeld nach den Ursachen der Wahlniederlage gesucht wurde, ist nicht verwunderlich. Beklagt wurde eine mangelnde Chancengleichheit in der Wahl. Ich stelle diesen Bericht hier ein, weil er verdeutlicht, wie schwer es im Start der Bundesrepublik gewesen sein muss, eine an die Marktwirtschaft orientierte Ordnung einzuführen. Andererseits ist zu vermuten, dass die SPD 1949 die politischen Sieger gewesen wären, wenn sie ihr politisch-ökonomisches Fehlverhalten in der Weimarer Republik – das mit zu Hitler geführt hat – aufgearbeitet hätten und selbst den Wählern eine marktwirtschaftliche Lösung angeboten hätten. Denkbar ist, dass dann Erhard ein SPD-Wirtschaftsminister geworden wäre, denn mein Eindruck von ihm ist, dass er an seine Idee oder Mission gebunden war und weniger an eine Parteidoktrin. In der F.D.P. hörte ich in den 70er Jahren, dass Erhard eigentlich in der falschen Partei gelandet sei.

Die Beiträge unter der Rubrik „Die Diskussion“ mit dem Titel „**Die Machtmittel der Notenbank**“ von Hilmar Kallieff und Th. Häbig sind deshalb interessant, weil falsche und richtige Vorstellungen über die Währung 1949 wie jetzt im Jahr 2019 nebeneinander stehen, ohne dass die Wissenschaft oder die Politik eindeutige Aussagen dazu machen kann. Und es hat den Anschein für mich, als wolle man auch keine Klärung, weil sich im Trüben besser fischen lässt. Dr. Häbig spricht sich dafür aus, dass das Geld auch Hortungsmittel sein muss und sieht nicht, dass damit die Tauschfunktion des Geldes sabotiert wird. TA

3 Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 1949: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl_1949

geleitet von H. Kallieff

Geist und Tat

MONATSSCHRIFT FÜR
RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

4. Jahrgang, Nr. 9

September 1949

WILLI EICHLER

Europa erleidet eine Niederlage

NORA LOEWI

Der Verrat an Polen

BERNHARD REICHENBACH

Pressefreiheit und freie Presse



HILMAR KALLIEFE / TH. HÄBICH

Die Machtmittel der Notenbank

Sozialismus und Wirtschaftskrise / Christentum und Sozialismus
SED schreit nach Blockade / Upton Sinclair und die Sowjet-Union
Verlorene Schuljahre / Sippenhaftung / DP-Redner geistesgestört
Berlin nach der Blockade / Ein interessantes Erziehungs-Experiment

SCHRIFTFLEITER: WILLI EICHLER
EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT GMBH. HAMBURG

Preis: 50 Pf.

Willi Eichler:

Europa erleidet eine Niederlage

Der Ausgang der deutschen Wahlen bedeutet eine europäische Niederlage, weil für deren Zustandekommen die deutschen Wähler selber, aber auch die Alliierten, die Deutschlands Außenpolitik zu führen hatten und die auch einen großen Teil seiner innenpolitischen Entwicklung entscheidend beeinflussen, verantwortlich sind.

Der Anteil der Alliierten

Was die Politik der Alliierten angeht, die ja in dem Durcheinander nach 1945 die entscheidende Initiative und Macht hatten, so hat vor allem die dauernde Unmöglichkeit, zu einer gemeinsamen Politik in Deutschland zu kommen, viele Deutsche dazu gebracht, sich schließlich nur noch als Objekt der alliierten Uneinigkeit zu fühlen, und dadurch jene allgemeine Ablehnung der Besatzungspolitik hervorgerufen, die man heute den Deutschen gern als Nationalismus ankreidet, obwohl sie zu einem beachtlichen Teil keineswegs dieser Grundstimmung entspringt.

Machtpolitisch ist vor allem die Katholische Kirche, deren Einfluß in Westdeutschland schon immer sehr groß war, besonders dadurch gestärkt worden, daß man von alliierter Seite von Anfang an glaubte, sie sei ein Hauptträger des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gewesen. So offenkundige Tatsachen wie die Unterstützung der Nazis durch Heinrich Brüning, der Abschluß des Reichskonkordats mit Hitler im Jahre 1933, die faschistenfreundliche Haltung vieler hoher Geistlicher, all das hat die Alliierten nicht davon abbringen können, den kirchlichen Einfluß durch indirekte Begünstigung zu verstärken.

Auf sozialpolitischem Gebiet hat es dagegen sehr lange gedauert, bis die Gewerkschaften die Möglichkeit erhielten, eine durchgängige Organisation zu schaffen, die sie eigentlich bis heute noch nicht einmal haben aufbauen können, weil bis vor kurzem die französische Besatzung dagegen protestiert hat. Das in Nordrhein-Westfalen beschlossene Bodenreform- und Sozialisierungsgesetz wurde von den Militärregierungen abgelehnt mit Begründungen, die nur den Großgrundbesitzern und den Schwerindustriellen nützen konnten. Das Lastenausgleichsgesetz wurde von Mitte Dezember bis Ende Juli in der Schublade der Militärregierungen liegen gelassen, ohne eine Erklärung warum. Und zu allem Überfluß wurde die Politik der Demontagen mit einem Eifer betrieben, als wenn dieser jüngste Streich gegen ein europäisches Bewußtsein und eine Stärkung der deutschen Demokratie absichtlich und mit diesem Ziel geführt würde.

Es ist verständlich, daß viele deutsche Wähler darauf lediglich gefühlsbetont reagierten. Sie kamen dazu, entweder die Parteien für ohnmächtig zu halten, d. h. gar nicht zu wählen, oder sie als heimliche Lakaien der Besatzungsmächte anzusehen, d. h. nur solche Leute zu wählen, die mit großem Stimm Aufwand so tun, als ob die Besatzungsmächte von sich aus nach Deutschland gekommen seien, die also vergessen oder verschweigen, daß das deutsche Unglück von Hitler und seinen Wählern verursacht wurde, von denen heute viele gerade jene „neuen“ Hitler-Aspiranten wählen.

Die Zahl der Wahlberechtigten, die unter diese beiden Kategorien fallen, ist größer als man zunächst annimmt. Sie besteht zunächst aus den 3,352 Millionen, die

für die BP, die DP, WAV, DRP, RSF, SSW und RWV gestimmt haben. Dazu kommen die 6,688 Millionen Nichtwähler und 0,7 Millionen, die offenbar absichtlich eine ungültige Stimme abgegeben haben. Das sind zusammen rund 10,7 Millionen, d. h. bei weitem die stärkste Partei, die es in Deutschland gibt, eine Partei, die heute noch leider mindestens so homogen in ihren Schichten ist wie etwa die CDU, deren Wähler sich ja keineswegs einig sind über das, was sie im einzelnen wollen.

Natürlich mußten diese zehn Millionen nicht so werden, wie sie wurden. Auf eine falsche Politik der Besatzungsmächte hätten sie auch klüger antworten können, — und wichtig ist, daß die Verantwortung des deutschen Wählers für den Wahlausgang klar ist. Aber politisch gesehen, mußten die Alliierten, und vor allem die Labour Party wissen, was ihre Politik in diesem Deutschland für Folgen haben würde. Daraus folgt ihre Mitverantwortung für die Entscheidung des 14. August.

Was taten die Deutschen?

Die Niederlage der Kommunisten war zu erwarten und verdient. Fast jeder Satz ihrer Wahlpropaganda war eine Lüge. Und selbst wo sie in Einzelheiten die Wahrheit sagten, wurde diese dadurch entkräftet, daß sie den westlichen Alliierten etwas zum Vorwurf machten, was Rußland mindestens doppelt so schlimm und seit langem getan hat. Der Kommunismus kann in Deutschland nur noch eine Chance haben als eine Aktion großer Massen in einer Verzweiflungstat größten Stils.

Bleiben die CDU, die FDP und die SPD. Hier liegt der eigentliche Gegensatz im Prinzip der „freien Wirtschaft“ gegen das Prinzip einer im Interesse des Volksganzen gelenkten Wirtschaft. Der Gegensatz ist keineswegs neu. Die Weimarer Republik ist im wesentlichen daran zugrunde gegangen, daß es nicht gelang, die fürchterlichen sozialen Schäden der ungehemmten freien Wirtschaft durch eine öffentliche Beeinflussung der Wirtschaft zu vermeiden. Alles, was Herr Erhard heute verlangt, ist die Wiederholung weimarischer Wirtschaftstollheiten: freie Verfügung über das Kapital durch die Wirtschaft, Lenkung der Preise und Löhne durch den freien Markt, den er als den einzig gerechten Weg zum Ausgleich der Interessen ansieht, und das heißt Wiederherstellung des reinen Kapitalismus mit seiner industriellen Reservearmee und seinen periodischen Krisen, die dahin tendieren, Kriege auszulösen.

Was die FDP angeht, so ist sie in diesen Forderungen mit Herrn Erhard völlig einig; sie lehnt es nur ab, sie mit einer christlich aufgemachten Soße zu verbrämen; sie leistet sich einen ähnlichen Mißbrauch mit dem Begriff der Freiheit.

Freilich liegt bei der CDU in dieser Frage der Knüttel beim Hund; denn viele ihrer Wähler wünschen durchaus nicht, was Herr Adenauer wünscht. Man hat sie gefangen nehmen müssen durch das Schlagwort von der „sozialen Marktwirtschaft“, das aber — wenn man sich überhaupt etwas dabei denkt — nichts anderes besagt, als daß man bereit ist, für gewisse sozialpolitische Abgaben Gelder bereitzustellen, die sich aus dem Prozeß der ewig ungerechten Einkommensverteilung im Kapitalismus als unvermeidlich ergeben. Und man hat den CDU-Wählern erzählen müssen, daß das Programm der SPD nicht deshalb zu verurteilen sei, weil es sozial gerechter, sondern weil es „unchristlich“ wäre. Herr Adenauer hat mit Erfolg an die Kirche appelliert, ihre Geistlichen „im vorparlamentarischen Raum“ zu Wahlhelfern der CDU abzukommandieren. Und die Art, wie ein großer Teil der Geistlichen diesem unsachlichen Appell leider folgte, ist in der Tat niederdrückend, wenn man sich vorstellt, daß dies auf die Entwicklung Deutschlands und sogar auch der Kirche nur einen außerordentlich herabziehenden Einfluß haben kann.

So ist im wesentlichen die starke Stimmenzahl der CDU zu erklären. Aber die scheinbare Stärke des alle verbindenden christlichen Glaubens und des auf alle wirkenden Appells der Kirche zeigt seine schwachen Seiten, wenn es jetzt darum geht, sich über die Regierungsbildung schlüssig zu werden. Denn so einfach, daß man sagen könnte, das Volk habe sich für die freie kapitalistische Wirtschaft entschieden, liegen die Dinge nicht. Schon wenn die Kirche erklärt hätte, Sozialdemokratische Partei und CDU seien für Christen gleichermaßen tolerabel, dann — dessen kann man sicher sein — hätte die CDU sehr viele Stimmen weniger bekommen. Denn man vermied seitens der CDU und auch seitens der Kirche ängstlich

jede abgewogene Unterhaltung über die Vorzüge eines Wirtschaftssystems. Abgesehen von den direkt falschen Behauptungen des Herrn Erhard, Sozialismus bedeute Wiederherstellung der gerade überwundenen Zwangswirtschaft, wurden eigentlich wirtschaftliche Forderungen gar nicht diskutiert. Stattdessen stellten sich CDU und Kirche so an, als ob das Leben Europas und der Welt davon abhinge, daß das deutsche Grundgesetz das Elternrecht im absoluten Sinne enthalte, wobei nie gesagt wurde, daß das Recht der Eltern, die Kinder in die ihnen genehmen Schulen zu schicken und ihnen jeden gewünschten Religionsunterricht zukommen zu lassen, selbstverständlich auch mit Zustimmung der Sozialdemokratie im Grundgesetz gesichert ist. Jetzt nach der Wahl, wo es darum geht, nicht Redensarten aufzutischen, sondern Programme durchzuführen, zeigt sich, daß nicht einmal bei der CDU von einer einheitlichen Partei gesprochen werden kann. Es gibt einen großen Teil von Menschen dort, und zwar gerade solche, die ihr Beruf in die nächste Bekanntschaft mit der sozialen Frage gebracht hat, die mit dem Sozialprogramm der SPD eigentlich einverstanden sind. Sie haben deshalb auch nach der Wahl eine Koalition zwischen der CDU und der SPD befürwortet, weil sie sich davon einen mäßigenden Einfluß auf die kapitalistischen Pläne Adenauers und seiner Leute versprechen. Sie haben ganz recht, wenn sie argumentieren, der Wahlausgang bedeute keineswegs, daß der größte Teil der Wähler die kapitalistische Gesellschaft wiederhergestellt haben wolle. Aber sie haben unrecht insofern, als der größte Teil der Wähler, obwohl er es nicht gewollt hat, tatsächlich für die kapitalistische Gesellschaft gestimmt hat. Und das ist das Entscheidende. Der Wähler mußte sich vorher überlegen, was bei seiner Stimmabgabe herauskommen würde. Und da er das offenbar in vielen Fällen nicht getan hat, kann es nicht anders sein, als daß er für die Konsequenzen seiner Taten jetzt auch die Verantwortung übernimmt.

Die Sozialdemokratische Partei kann es sich sicherlich nicht erlauben, nur um dem sozial fortschrittlichen Teil der CDU die Lage zu erleichtern, ihr eigenes Programm im Stich zu lassen. Die Wählerschaft hat sich, wofür auch immer sie sich entscheiden wollte, jedenfalls in ihrer Mehrheit gegen die SPD entschieden. Die SPD wird daraufhin die Oppositionsführung übernehmen müssen, und wir glauben, daß das keineswegs zu ihrem Schaden sein wird, wenn es auch bedeutet, daß am Anfang der parlamentarischen Entwicklung des neu sich anbahnenden Deutschlands die Reaktion in der Lage ist, ihre Position entscheidend zu festigen.

Es scheinen sich für die Politik der SPD folgende Bedingungen abzuzeichnen:

1. Was in anderen Parteien oder unter den Nichtwählern an Leuten steckt, die aus irgendeinem Grunde bisher — sei es aus nationalistischer, konfessioneller oder allgemein politischer Voreingenommenheit — sich nicht haben entscheiden können, den Schritt zur SPD zu wagen, muß in der Zeit bis zu den nächsten Wahlen von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt werden. Der schon erwähnte Gewerkschaftsflügel der CDU muß sich klarmachen, daß die Politik der CDU-Führung weder durch eine Koalition mit der SPD noch durch einen der CDU anhängenden linken Flügel geändert werden kann.

2. Die Kreise, die in der Erhardschen Wirtschaftspolitik zum Teil heute noch ganz gute Geschäfte machen können, weil die Krise noch nicht in ein extremes Stadium getreten ist, wie Kleinhändler, Handwerker, kurz alles, was man unter dem Begriff des Mittelstandes versteht, müssen immer wieder darauf hingewiesen werden, wie wenig stabil ihre Lage ist, wenn es den breiten Massen immer mehr an Kaufkraft fehlen wird. In diesen Kreisen herrscht noch immer eine gewisse Furcht vor der angeblich totalen Enteignung durch die SPD. Sie müssen begreifen, daß die Beispiele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, wie man sie in Skandinavien und England studieren kann, klar zeigen, daß der Mittelstand von dieser Politik nichts zu befürchten hat.

3. Es sind die Frauen, die den Sieg der Rechten entschieden haben. Man kann das an den Resultaten aus den Städten sehen, in denen Männer und Frauen getrennt gewählt haben. Gerade die Frauen aber werden sowohl in der Wirtschaftskrise als auch vor allen Dingen bei deren letzter Konsequenz, im Krieg, am meisten zu leiden haben. Sie sind leider auch dem Einfluß der politisierenden Geistlichkeit

weit mehr unterworfen als die Männer. Ohne eine ausgedehnte wirkliche Aufklärung der Frauen über die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenhänge für ihr ureigenes persönliches Schicksal wird die SPD nicht darauf rechnen können, überhaupt die Mehrheit zu erhalten.

4. Nicht sehr viel anders steht es mit der Jugend, wenn auch diese keineswegs so überwiegend reaktionär wählt, wie die Frauen, sondern eher dazu neigt, sich politisch abstinenz zu benehmen. Auch hier kann nur geduldige wirkliche Aufklärungsarbeit helfen, die nicht durch Flugblätter und Aufrufe geleistet werden kann, sondern durch gemeinsame Diskussionen — beinahe von Mensch zu Mensch.

5. Die Schicht der sogenannten Intellektuellen, der Gebildeten: Sie sind, wie schon seit langem, vor allem schockiert durch die Vorstellung, daß die sozialdemokratischen Ziele im wesentlichen Arbeiterziele seien. Dabei verkennen sie ganz, daß der Anfang der sozialistischen Bewegung als einer Arbeiterbewegung sich nur daraus erklärt, daß die Arbeiter in der Tat die am meisten geschädigten Mitglieder der modernen Gesellschaft waren, und daß zwar der Sozialismus nicht nur darin besteht, den Arbeitern ihr Recht zu verschaffen, daß man aber unter gar keinen Umständen eine rechtlich einwandfreie Gesellschaft aufbauen kann, wenn man nicht zuvor den Arbeitern einen ihnen gebührenden Anteil an der Verantwortung innerhalb der Gesellschaft und am Volkseinkommen gibt. Erst wenn diese negative Bedingung des Wertes einer Gesellschaft erfüllt sein wird, kann im großen weiter daran gegangen werden, auch eine positive Kulturarbeit zu leisten, die der Sozialismus niemals geleugnet hat, sondern die er ausdrücklich anerkennt und weitgehend eingeleitet hat. Diese Zusammenhänge aber zu begreifen, ist gerade Sache der gebildeten Schichten, die ja dank ihrer besseren Bildung eher in der Lage sind, die Bedeutung des Sozialismus zu erkennen als andere, denen der Kampf um das tägliche Brot kaum Zeit läßt, ihre Gedanken auf Höherliegendes zu richten. Gerade diese Schichten haben eigentlich die Aufgabe, den Sozialismus über den bloßen Kampf um die Verbesserung der materiellen Bedingungen hinauszuführen auf eine Ebene, wo er als die gesamte Neuordnung aller Lebensformen begriffen werden und durchgesetzt werden kann.

Hier hat die Sozialdemokratische Partei noch unerhört viel Arbeit zu leisten, und es ist nicht umsonst auch in ihren Reihen seit langem der Wunsch laut geworden, ein echtes Programm und nicht nur ein Aktionsprogramm zu entwerfen, an dem sich die Geister entzünden und begeistern können, das Diskussionen hervorrufen wird und durch das jene geistige Lebendigkeit wieder geweckt werden kann, ohne die dem politischen Kampf die eigentliche Würze fehlt, die ja nicht in Schlagworten und Wahllügen liegen kann, sondern im Kampf um Ansicht gegen Ansicht, von Gründen gegen andere Gründe, von Persönlichkeiten gegen andere Persönlichkeiten.

Die SPD wird in den kommenden vier Jahren eine gute Gelegenheit haben, die schlimmsten Folgen der Erhardschen Wirtschaftspolitik zu verhindern zu suchen und ihre eigenen Pläne und Gedanken öffentlich zu diskutieren. Wenn sie neben dieser Arbeit im Parlament die innere Erziehungsarbeit in der Partei und die Aufklärung der deutschen Wählerschaft erreicht, dann wird sie nicht nur vor dem deutschen Volk und dem internationalen Sozialismus eine glänzende Probe bestanden haben, dann wird sie auch ein wirksames Gegengewicht darstellen gegen die Möglichkeit, daß aus der verpfuschten Wirtschaftspolitik der kommenden Zeit nur die deutschen Rechtsradikalen oder der Stalinismus die Früchte ernten.

Wenn die Sozialdemokratie mit dieser ihrer Arbeit den Erfolg hat, der bei großer Anstrengung wirklich möglich ist, dann ist das auch die einzige Möglichkeit, in Westdeutschland Verhältnisse zu schaffen, von denen aus die Frage diskutiert werden kann, wie die Ostzone wieder in Deutschland eingefügt werden soll. Wie die Dinge heute liegen, wartet Stalin ganz offenbar mit stillem Vergnügen darauf, daß ihm das Ergebnis des Chaos im Westen recht geben wird mit seiner Prognose, daß es unmöglich ist, mit den bisherigen Ansätzen interalliiertem Politik im Westen Deutschland und Europa zu retten. Erst wenn diese Prognose durch die Tatsachen als falsch erwiesen wird, wird man sich wieder mit ganzer Kraft der Rückgewinnung der Ostzone widmen können.

DIE Diskussion

Hilmar Kalliefe / Th. Häbich:

„Die Machtmittel der Notenbank“

Häbich hat unter der obigen Überschrift in der Märznummer in pointierter Form an der Währungsreform, der Geldpolitik bis Ende 1948 und den Geldplänen der BDL und VFW Kritik geübt und zum Ausdruck gebracht: Mit Gewalt kann man im Geldwesen alles (falsch) machen! Mit leichtem Geld ist leicht regieren! Geld ist eine Schöpfung des sozialen Zusammenlebens und es ist keine rein wirtschaftliche Kategorie, sondern eine soziale Kategorie. Es ist nicht nur Tauschmaßstab, sondern auch Hortungsmittel und muß vor allem geeignet sein, den Besitztrieb zu befriedigen.

Geld ist Maßstab, nicht Trickmittel um Vollbeschäftigung hervorzuzaubern.

Geld soll über den Einzeltag hinaus, über Wochen und Monate, als Universalware geeignet sein, alle anderen Gebrauchsdinge wertbeständig und wertsicher zu vertreten. Die Menschen wursteln sich so durch, wie es sich von einem Tag auf den andern gibt. Vor allem ist ihnen die so vergottete Vollbeschäftigung als Lohn- oder Gehaltsempfänger reichlich wurst. Was sie erstreben, ist Vollentlohnung, das heißt: eine vergleichbare gleichwertige Entlohnung aller Verrichtungen innerhalb der arbeitsteiligen Gesellschaftswirtschaft in Landwirtschaft, Grundindustrie, Handwerk und Industrie, Verteilung und Verwaltung, nach Anstrengung, Unfallgefährdung und Unannehmlichkeit. Häbich warnt die Notenbank, die Wirkungsgrenze der ihr verliehenen Machtmittel zu überschätzen.

Hierzu nimmt Hilmar Kalliefe im folgenden Stellung:

Die Notenbank

Die Bedeutung der Notenbank in einer modernen Volkswirtschaft kann gar nicht überschätzt werden. Sie ist, wenn auch nicht unumschränkte, so doch Hauptherrscherin über das Geld. Sie sitzt am Schalthebel der Konjunktur, eine Fehldisposition und die Wirtschaft gerät ins rasende Fieber der Inflation oder in die lähmende Starre der Deflation. Der Leiter der Notenbank kann frei, nur seinem Gewissen verantwortlich, entscheiden, wieviel Geld der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden soll. Keine Staatsdirektive, kein Währungsgesetz schreibt der Bank Deutscher Länder vor, wann sie den Umlauf der Deutschen Mark erhöhen, wann sie ihn ermäßigen soll, wann sie Kreditexpansion und wann Kreditrestriktion zu betreiben hat. Eine einzige Schranke ist gesetzt: Die Bargeldmenge darf 10 Milliarden DM nicht überschreiten.

Hier ist offensichtlich eine Lücke. Über das wichtigste Instrument der deutschen Wirtschaftspolitik fehlt nicht nur die demokratische Kontrolle. Was viel schlimmer ist, es fehlen überhaupt die Richtlinien, nach denen eine solche Kontrolle zu wirken hätte.

Dr. Häbich bemüht sich nun, im Märzheft dieser Zeitschrift unter dem Titel „Die Machtmittel der Notenbank“ einige Richtlinien für die Arbeit der Notenbank aufzustellen. Er stellt zunächst fest:

1. Dem Lohn- und Gehaltsempfänger ist die so vergottete Vollbeschäftigung reichlich wurst, er erstrebt mit Recht Vollentlohnung.
2. Geld soll Maßstab für Vollentlohnung sein.
3. Geld ist auch Hortungsmittel und muß vor allem geeignet sein, den Besitztrieb zu befriedigen.
4. Mit leichtem Geld ist leicht regieren. An der Politik schweren Geldes scheiterten Hilferding und Brüning.

Daran knüpft er die Forderung, eine Politik schweren Geldes zu treiben, die in dem Satz gipfelt: „Bank Deutscher Länder! Mache die Deutsche Mark hortungswürdig, aber nicht ohne etliche Bankrotte!“

Hierzu erscheinen mir doch einige Erläuterungen, einige anderslautende Feststellungen angebracht, die schließlich auch zu einer anderen Meinung darüber führen werden, welche Notenbankpolitik dem deutschen Menschen am besten dient.

„Dem Lohn- und Gehaltsempfänger ist die so vergottete Vollbeschäftigung reichlich wurst.“ Ich kann mir nicht vorstellen, daß es irgendeinem Lohn- oder Gehaltsempfänger gleichgültig ist, ob er in Arbeit und Lohn steht oder erwerbslos auf der Straße liegt.

„Geld ist Maßstab für Vollentlohnung.“ Vollentlohnung ist einer der Begriffe, die noch weitgehend ungeklärt sind. Ist damit das „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ gemeint? Oder soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß man sich für Geld und nur für Geld etwas kaufen kann, oder ist damit an den „ehernen Lohn“ gedacht, an das Existenzminimum, das ja vollen Ersatz der verbrauchten Arbeitskraft nebst Unterhalt von Kleidung, Wohnung, Frau und zwei Kindern gewährt und nach Lassalle die untere Lohngrenze darstellt. Leider ist selbst diese untere Lohngrenze heute für unendlich viele Familien noch nicht erreicht.

Die Währungssysteme

Gemessen werden mit dem Geld seit alters her alle Dinge nicht nach ihrer Größe oder ihrem Gewicht, sondern nach ihrem Wert.

Der Wert wird heute gemessen durch Vergleich mit einer Deutschen Mark. Wie wird aber dies Wort „Deutsche Mark“ bestimmt? Im heutigen deutschen Währungsgesetz steht nichts darüber. In vielen, nicht in allen Währungsgesetzen anderer Länder, auch in den früheren deutschen Währungsgesetzen ist der Wert der Geldeinheit bestimmt. In Goldwährungsländern wird der Wert dargestellt durch eine Gewichtseinheit Gold ($1 \text{ RM} = \frac{1}{2790} \text{ kg}$ Feingold). In Silberwährungsländern ist der Wert einer bestimmten Menge Silber die Werteinheit (30 preußische Taler = 1 Pfund Silber, 1 Pfund Sterling = 1 Pfund Silberlinge). Es gibt auch Geldeinheiten, die ihren Wert durch eine andere Geldeinheit bestimmen, man spricht in dem Falle von Devisenwährung. Der Danziger Gulden wurde am englischen Pfunde gemessen. Solange das Pfund Goldwährung war, war die Danziger Währung eine Golddevisenwährung.

Bei all diesen Währungen war die Notenbank mit ihrer Geldausgabe an die Bestimmungen des Währungsgesetzes gebunden. Stieg bei Goldwährung der Goldpreis, so wurde solange die Geldmenge vermindert, bis der Goldpreis wieder auf den gesetzlichen Stand zurückging; sank der Goldpreis, so mußte die Geldmenge solange vermehrt werden, bis der Goldpreis seine alte Höhe wieder erreicht hatte.

Dieses Verfahren erwies sich als sehr wirksam und nützlich, solange auf der Goldseite alles in Ordnung war, nämlich solange Angebot von und Nachfrage nach Gold sich ungefähr die Waage hielten, genauer gesagt, solange die Goldmenge im selben Verhältnis wuchs wie das Sozialprodukt, das waren von Jahr zu Jahr etwa 3 Prozent, wie der schwedische Nationalökonom Gustav Cassel festgestellt hat. Was aber geschieht, wenn die Goldfunde reicher werden, nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage also der Goldpreis fallen müßte? Dann muß die Geldmenge im selben Verhältnis vermehrt werden wie die Goldmenge zunahm, alle Preise steigen, man sprach geradezu von einer Goldinflation.

Jede Preissteigerung aber bedeutet Betrug am Sparer, Senkung des Reallohns, Scheingewinne in Handel und Industrie; Gewinne werden auch dort vorgetäuscht, wo tatsächlich unnütze Dinge unwirtschaftlich hergestellt wurden. Preissenkung aber ist Betrug am Schuldner, bringt Absatzstockung, Umsatz- und Produktionsschrumpfung, Arbeitslosigkeit und Konkurse mit sich.

Die Praxis der Notenbanken ging schon frühzeitig von der strengen Bindung an das Gold ab. Jahrzehnte später folgte auch die nationalökonomische Theorie und ersann Systeme einer manipulierten Währung, in denen die Menge des auszugebenden Geldes sich nicht mehr am Goldpreis, sondern an anderen wirtschaftlichen Tatsachen orientierte. Man schlug vor, den Zinssatz für Dreimonatswechsel zu stabilisieren. Man entdeckte, daß bei zuviel Geld Arbeitermangel, bei zuwenig Geld

Arbeitslosigkeit herrschte und schlug vor, die Geldausgabe an der „Vollbeschäftigung“ zu orientieren. Der Mann aus dem Volke aber maß schon seit eh und je den Wert des Geldes an „den Preisen“, wobei er gefühlsmäßig Preissteigerungen und Preissenkungen einzelner Waren gegeneinander abwog. Dieser Begriff verdichtete sich schließlich in der Statistik zu einem „gewogenen Durchschnitt“ der Preise und führte zur Aufstellung von Indexziffern, an denen nicht der absolute Stand der Preise, wohl aber die Veränderung der Preise seit dem Ausgangsjahr abgelesen werden kann. In Deutschland sind die bekanntesten Indizes der Großhandelsindex und der Index der Lebenshaltungskosten. Tatsächlich wird der Wert des Geldes seit dem ersten Weltkrieg weitgehend an solchen Indexziffern gemessen. Auf Seiten der Wissenschaft traten in den USA Irving Fisher, in Schweden Gustav Cassel und in Deutschland Silvio Gesell für die Indexwährung ein. Gerade heute bemühen sich die statistischen Ämter und die Gewerkschaften, das Ausmaß der Preissteigerung seit 1936 oder seit der Währungsreform am Index zu messen. Auch der in den letzten Monaten vielfach laut gewordene Ruf nach Preissenkungen soll nur die Preissteigerungen nach der Währungsreform rückgängig machen.

Indexwährung und Umlaufgeschwindigkeit

Nun begegnet aber die Durchführung der Indexwährung, so bestechend sie in der Theorie ist, in der Praxis zwei Schwierigkeiten:

1. Wie soll der Durchschnittspreis der Waren berechnet werden?
2. Reichen die Machtmittel der Notenbank aus, um das Preisniveau auf der gewünschten Höhe zu stabilisieren?

Die Verfeinerung der statistischen Methoden gestattet heute zwar noch keine absolute theoretische Genauigkeit; sie ist jedoch für die Praxis ausreichend.

Weit schwerwiegender ist das zweite Bedenken. Die Notenbank beherrscht zwar die Geldmenge, die des Bargeldes genau und die des Buchgeldes wenigstens einigermaßen. Sie beherrscht aber nicht die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Normalerweise pflegt das Geld etwa einmal im Monat den Besitzer zu wechseln. Eine Geldmenge von 6 Milliarden DM bedeutet also eine monatliche Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im Werte von 6 Milliarden DM. Ein schnellerer Geldumlauf aber steigert die Nachfrage nach Waren, er wirkt wie eine Geldvermehrung. Andererseits ist die Notenbank auch einer Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit gegenüber machtlos. Ist das Geld „hortungswürdig“, um den Ausdruck von Dr. Häbich zu übernehmen, so kann es in Sparstrümpfen und Brieftaschen oder Tresoren verschwinden und erfüllt so nicht seine Funktion als Tauschmittel. Wird die Hälfte des Geldes gehortet, so sinkt die Nachfrage auf dem Warenmarkt auf die Hälfte, die Hälfte aller Waren bleibt einstweilen unverkauft.

Das Geld hat heute zwei Funktionen, es ist Tauschmittel, das Verkehrsmittel des Marktes, als solches ist es seine Aufgabe umzulaufen. Und es ist Hortungsmittel. Als Hortungsmittel aber läuft es gerade nicht um, es liegt fest und soll Werte konservieren. Eine Aufgabe schließt die andere aus. Und da die Notenbank nicht weiß und nicht bestimmen kann, welcher Anteil des Geldes dem Umlauf und welcher der Hortung dient, ist es ihr nicht mit Sicherheit möglich, die Geldnachfrage dem Warenangebot so anzupassen, daß die Preise im Durchschnitt stabil bleiben. Solange die Preise stiegen, wurde kein Geld gehortet, im Gegenteil, jeder bemühte sich, so schnell wie möglich von diesem Schwundgeld wieder herunterzukommen, vielleicht bekam man morgen nur noch die Hälfte dafür. Heute aber sinken die Preise, plötzlich haben es alle Geldbesitzer, große und kleine, nicht mehr eilig, ihr Geld loszuwerden, denn das Geld ist hortungswürdig.

Mir scheint ein nicht hortbares Geld, das nur seiner Aufgabe als umlaufendes Tauschmittel dient, zweckmäßiger. Sparen kann und soll man auf der Sparkasse, die das Geld anderen zum Ausgeben gibt. Hierzu sind zwar stabile Preise, aber kein hortungswürdiges Geld notwendig.

Geldumlaufmenge, Umlaufgeschwindigkeit und Beschäftigungsgrad

Mitte November beschloß die Leitung der Bank Deutscher Länder, die bis dahin verfolgte Politik des „leichten Geldes“, der Kreditexpansion, der ständigen Preis-

steigerungen abubrechen und durch eine Politik des „schweren Geldes“, wie auch Dr. Häbich es fordert, zu ersetzen. Durch Kreditrestriktionen sollte die Menge des umlaufenden Bar- und Buchgeldes vermindert, die Preise gesenkt und in einer großen Reinigungskrise die Sumpflüthen aus der Zeit vor der Währungsreform aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgetilgt werden. Man sprach hoffnungsvoll von einer kommenden Steigerung der Reallöhne und von den in Aussicht stehenden Pleiten. Beides trat ein. Dazu aber führte die gewünschte Kaufenthaltung zur Umsatzstockung und zu Kurzarbeit, und die Pleiten zur Arbeitslosigkeit. Was nützen aber dem Kurzarbeiter und dem Arbeitslosen die um 5 Prozent gesunkenen Preise? Ja, selbst der Arbeiter, der noch in Lohn und Brot steht, wird seines Lebens nicht froh. Wann geht sein Betrieb zur Kurzarbeit über, wann liegt er auf der Straße?

Auf immer weitere Kreise der deutschen Wirtschaft wirken sich die Ende November begonnenen Kreditrestriktionen der Bank Deutscher Länder aus. Folgende Phasen sind deutlich zu unterscheiden:

1. Phase: Erhöhung der Mindestreserven und damit Beschränkung der Kreditmöglichkeiten der Banken.
2. Phase: Zurtückziehung der Bankkredite aus Handel und Industrie, Geldklemme bei den betroffenen Betrieben.
3. Phase: Stornierung von Aufträgen und Notverkäufe bei den betroffenen Betrieben.
4. Phase: Absatzstockungen bei den Zulieferfirmen der betroffenen Betriebe — Preissenkungen auch der Konkurrenz, um gegenüber den aus Not verkaufenden Betrieben im Geschäft zu bleiben — Erste Konkurse und Entlassungen.
5. Phase: Allgemeiner Absatzrückgang a) weil die Erwerbslosen nicht mehr kaufen können, b) weil die kapitalkräftigen noch nicht kaufen wollen. — Weitere Entlassungen wegen Auftragsmangel, weitere Konkurse. — Die durch die Kreditrestriktionen ausgelöste Geldknappheit wird verstärkt durch die infolge der abwartenden Haltung der Käufer verlangsamte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.
6. Phase: Allgemeine Arbeitslosigkeit, beginnend bei den Investitionsgüterindustrien und den Herstellern und Verkäufern von Waren des aufschiebbaren Bedarfs.

Es handelt sich um die typischen Folgen jeder Deflationspolitik, die sich um so stärker auswirken müssen, je rigoroser die Kreditrestriktionen angewandt werden, je geringer die umlaufende Geldmenge wird. Man kann Preissenkungen durch Geldverknappung erzwingen, man kann dann aber nicht vermeiden, daß mit der Preissenkung eine Umsatzschrumpfung und ein Absinken des Beschäftigungsstandes verbunden ist. Eine aufstrebende Wirtschaft muß aber in der Lage sein, die durch den Ausfall bankrott gegangener Unternehmen freiwerdenden Arbeitskräfte sofort in nutzbringenderen Tätigkeiten wieder unterzubringen. Die plötzliche Lösung aller Scheinarbeitsverhältnisse in der Zeit kurz vor und kurz nach der Währungsreform, das Hinzuströmen unendlich vieler neuer Arbeitswilliger hat nur zu einer ganz leichten und sehr schnell wieder vorübergehenden Arbeitslosigkeit geführt. Wie ein Schwamm hat die von den Fesseln des schlechten Geldes befreite Wirtschaft all die neuen Arbeitskräfte aufgesogen. Erst die beginnende Preissenkung läßt die Arbeitslosigkeit zu einem Problem werden.

„Hilferding und Brüning sind an der Politik des schweren Geldes gescheitert“, stellt Dr. Häbich fest, und man kann hinzufügen, mußten scheitern, wie jeder andere vor ihnen gescheitert ist und nach ihnen scheitern wird, der eine Preissenkung erzwingen will. Brüning, oder genauer der damalige Reichsbankpräsident Luther, hat das Geld hortungswürdig gemacht. Durch Kreditrestriktionen hat er die Initialzündung zur Preissenkung gegeben. Private Geldhorter — man kann ihnen angesichts der Unsicherheit der Banken damals keinen Vorwurf machen — verschärften Absatzstockung und Preissenkung auch dann noch, als Brüning und die Reichsbank und alle amtlichen Stellen sich händeringend bemühten, aus der

Preissenkung und aus der Deflationskrise herauszukommen. So sanken innerhalb von drei Jahren die Großhandelspreise um 33 Prozent, die Kleinhandelspreise, die für den Arbeiter wichtiger sind, gingen in der gleichen Zeit nur um 22 Prozent zurück. Im gewogenen Durchschnitt ergibt sich somit eine Preissenkung von 28 Prozent. Diesem Erfolg stand als Minus ein mengenmäßig um 30 Prozent, wertmäßig um 50 Prozent gesunkener Umsatz gegenüber.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit entsprach dem Umsatzrückgang. Die Zahl der sozialversicherten Arbeitnehmer ging von 1928 bis 1932 um 29 Prozent zurück. Derselbe Rückgang um 29 Prozent zeigt sich, wenn man einen bereinigten Beschäftigungsindex aufstellt, bereinigt durch die Berücksichtigung der unsichtbaren und die Außerachtlassung einer mit 5 Prozent angenommenen normalen Arbeitslosigkeit (Fluktuationsarbeitslosigkeit und Nichteinsatzfähige).

Preise, Umsätze und Beschäftigungsgrad 1929 - 1932

Jahr	Preise					Umsätze		
	Index der Großhandelspreise am 15. 8.		Lebenshaltungskostenindex am 15. 8.		Gesamtindex 1)	absolut in Md. RM	Volumen 2) in Preisen von 1928	Volumen 2) in Prozent von 1928
	1913 = 100	1928 = 100	1913 = 100	1928 = 100	1928 = 100			
1928	141	100	153	100	100	134	134	100
1929	138	98	154	100	99	134	135	101
1930	128	91	149	98	94	119	126	94
1931	110	78	135	88	82	102	124	93
1932	95	67	120	78	72	68	94	70
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Beschäftigungsgrad								
Jahr	Beschäftigte 3)		Arbeitslose 4)	Arbeitswillige 5)	unbereinigter Beschäftigungsgrad 6)	unsichtbare Arbeitslose 7)	bereinigt. Beschäftigungsgrad 8)	
	in 1000	in Proz. von 1928	in 1000	in 1000		in 1000		
1928	17 959	100	1 162	19 121	94			99
1929	18 539	103	1 340	19 879	93			98
1930	16 843	93	2 765	19 608	86	271		90
1931	15 020	83	3 990	19 010	79	869		81
1932	12 756	71	5 392	18 148	70	1 731		70
	10	11	12	13	14	15		16

Die Zahlen aus den Spalten 2, 4, 7, 10 und 12 sind den Statistischen Jahrbüchern 1929 bis 1937 entnommen.

1) gewogenes Mittel aus Großhandels- (Gewicht 7) und Lebenshaltungskostenindex (Gewicht 5).

2) errechnet auf Grund des Gesamtindex laut Spalte 6.

3) laut Krankenkassenstatistik.

4) nur die bei den Arbeitsämtern gemeldeten und als arbeitslos Anerkannten.

5) Summe der Spalten 10 und 12.

6) unbereinigter Beschäftigungsgrad, Spalte 10 in Prozent von Spalte 13.

7) unter der Annahme, daß die Zahl der Arbeitswilligen seit 1929 gleich geblieben ist.

8) Spalte 10 in Prozent vom Höchststand der Beschäftigtenzahl im Jahre 1929 unter Hinzurechnung von 5 Prozent für nicht Einsatzfähige und Fluktuationsarbeitslose (Annahme: eine Arbeitslosigkeit von 5 Prozent ist normal).

In jener Zeit standen am Ende dieser Entwicklung sechs Millionen Erwerbslose — und die nationalsozialistische Diktatur, die keineswegs erwünscht und ersehnt, sondern lediglich hingenommen wurde, weil das bestehende Regierungssystem sechs Millionen arbeitswillige Menschen um Lohn und Brot gebracht hatte.

Brüning scheiterte und mit ihm die Demokratie an einer Politik des schweren Geldes. Will Dr. Häbich diese Politik mit diesen Folgen wiederholt sehen?

Die Erfahrungen der Geschichte sollten zu denken geben. Die Wirtschaftskrise von 1929 bis 1932 war kein Einzelfall. Zu anderen Zeiten und in anderen Ländern zeigt sich dieselbe innige Verbindung zwischen Preissenkung, Umsatzschrumpfung und Arbeitslosigkeit. Fast ist man versucht, ein Gesetz aufzustellen, nach dem jedes Prozent Preissenkung von 1 Prozent Umsatzschrumpfung und 1 Prozent Arbeitslosigkeit begleitet ist.

Warum sollte sich gerade die Preissenkung von 1948/49 als erste durch Kreditverknappung herbeigeführte Preissenkung nicht auf Umsatz und Beschäftigungsstand auswirken? Die Theorie eines Irving Fisher, John Maynard Keynes, Gustav Cassel, Silvio Gesell und anderer spricht dagegen; die bisherige praktische Erfahrung auch. Noch beträgt die Preissenkung erst etwa 5 Prozent, aber schon ist auch die Arbeitslosigkeit um 5 Prozent gestiegen, der Umsatz ist gegenüber Dezember erheblich stärker als saisonüblich zurückgegangen. Die Produktion geht auf Lager und zwar — im Gegensatz zur Zeit vor der Währungsreform — unfreiwillig.

Geldmarktlage und Streikaussichten

In der heutigen Situation würde eine Stabilisierung des Preisniveaus gleichermaßen im Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer liegen. Für den Unternehmer würde der lähmende Umsatzrückgang, für den Arbeitnehmer die dadurch bedingte Gefahr der Erwerbslosigkeit aufhören.

Allerdings — das sei mit aller Deutlichkeit gesagt — ergibt sich dann die zwingende Forderung nach einer merklichen Lohnerhöhung, wobei die erhöhten Lohnkosten aus den Gewinnen der Betriebe zu decken sind und keinesfalls zu einer Erhöhung des Preisniveaus führen dürften und brauchten. Fehlt der gute Wille der Unternehmer, so bleibt der Gewerkschaft die Waffe des Streiks.

Die Gewerkschaften mögen sich aber dessen bewußt sein, daß ein Streik nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn

1. keine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen im Hintergrunde steht, die bereit ist, nicht nur für den alten, sondern notfalls sogar für einen niedrigeren Lohn zu arbeiten;
2. das bestreikte Unternehmen so viele Aufträge vorliegen hat, daß ein Streik den Betrieb wirklich in Schwierigkeiten bringt und nicht etwa zu einer willkommenen Gelegenheit wird, für ein paar Wochen den Lohn einzusparen oder einen Teil der Belegschaft ganz zu entlassen.
3. Die geforderte Lohnerhöhung wirklich sofort oder nach Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen aus dem Betriebsgewinn gezahlt werden kann.

Sind Vollbeschäftigung, flotter Absatz und entsprechende Gewinne gegeben, dann haben auch Lohnverhandlungen und Streiks Aussicht auf Erfolg. Die amerikanische Gewerkschaftsgeschichte und -politik bietet hier genügend Beispiele.

Eine sofortige Erhöhung der Löhne wäre auch unter den obwaltenden Umständen die sicherste Gewähr, einer durch die Preissenkung hervorgerufenen Stagnation der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu begegnen. Denn der Arbeiter wird sein Geld rollen lassen, er kann nicht horten, um in Ruhe einen weiteren Preisfall abzuwarten.

★

Dr. Th. Häbich erwidert hierauf:

Die Notenbank kann vieles falsch machen. Sie kann aber auch nicht alles richtig machen... ohne die Andern, deren Verhalten nach der Ansicht des Vertreters der Notenbank nach dem 20. Juni 1948 unzweckmäßig war.

Insofern hat mich Kallieff mißverstanden, denn ich sagte nicht: Bank Deutscher Länder, mache die Deutsche Mark hortungswürdig, sondern ich sagte:

Mache im Verein mit den Preisbehörden, der JEIA, den Finanzministern und den Presse-Lizenziaten die Deutsche Mark hortungswürdig. Hätte ich hier gesagt: nicht nur umlaufsfähig, sondern auch hortungswürdig, dann wäre das wohl deutlicher gewesen.

Ich glaubte auch zum Ausdruck gebracht zu haben, daß ich die Notenbankleitung und die Verwaltung für Wirtschaft daran für schuldig halte, daß der so lange herbeigesehnten Währungsreform unmittelbar ein hübsches Inflationschen folgte, statt der erhofften Periode stabiler Preise. Insofern würde mir zu Unrecht unterstellt, daß ich einer aufkommenden Arbeitslosigkeit sorgenlos entgegen sehe.

Vollbeschäftigung oder Vollentlohnung?

In bezug auf Vollbeschäftigung oder Vollentlohnung kann ich nur wiederholen, was ich in dem angegriffenen Artikel ausführte:

Den Menschen ist die neuerdings von Politikern und Wissenschaftlern so vergottete Vollbeschäftigung reichlich wurst. Was sie erstreben, ist Vollentlohnung. Und ich definierte Vollentlohnung als eine vergleichbar gleichwertige Entlohnung aller Verrichtungen innerhalb der arbeitsteiligen Gesellschaftswirtschaft in Landwirtschaft, Grundindustrie, Handwerk und Industrie, Verteilung und Verwaltung, nach Anstrengung, Unfallgefährdung und Unannehmlichkeit.

Dem Landwirt ist das Bareinkommen zu niedrig und seine Selbstversorgerernährung nicht vielseitig genug. Der Kleingärtner ist froh über seinen selbstgebauten Tabak, Salat oder Kohl und ihm sind die heutigen Preise der Kirschen, Birnen und Äpfel ziemlich gleichgültig in bezug auf seinen Bedarf. Er wartet eben, bis er selber ernten kann. Es gibt immer noch Leute, die nicht wissen, was eine Kinokarte kostet und daß im Kino die besten Plätze hinten sind. Sie lesen abends einen guten Roman, vielleicht schon zum viertenmal. Manche stehen sogar auf dem Standpunkt, daß selber musizieren, auch wenn es mangelhaft ist, höhere Werte zu vermitteln vermöge, als gedankenlos oder schwätzend einem Rundfunkkonzert zuzuhören.

In diese stille Welt der inneren Werte greift der Schalthebel der Notenbankpolitik nicht hinein, aber an irgendeinem Punkt werden diese friedlichen Insulaner auch gepackt. Wer einen Topf, Schrank, ein Bett oder eine Wohnung braucht, kann nicht ausweichen. Er wird immer das Gefühl haben, daß der Preis niedriger oder sein Geldeinkommen reichlicher sein könnte. Er hätte auch gern mehr Zeit, um durch Vergleichen der Preise zu einem günstigeren Einkauf zu kommen. Ich darf glauben, daß meine Definition des Begriffs „Vollentlohnung“ jetzt als ausreichend angesprochen werden kann.

Eine Frage der Politik

Die Frage, ob man mittels eines gewogenen Index der Lebenshaltungskosten zu einem zulänglichen Urteil darüber kommen kann, ob Vollentlohnung oder Minderentlohnung gewährt werde, ist keine isolierbare Frage der Theorie, obwohl bei dem Aufbau eines Lebenshaltungskostenindex allerlei theoretische Überlegungen angestellt werden. Es kommt ja nicht nur darauf an, daß der bestmögliche gewogene Index der Lebenshaltungskosten konstruiert wird, sondern auch darauf, welchen Gebrauch man in der Wirtschaft von ihm macht. Das letztere ist eine Frage der Politik. Die Bank Deutscher Länder hat im Verein mit den Einfuhrbehörden, der Verwaltung für Wirtschaft, der Geschäftswelt und einigen unbesonnenen Lobbudlern der „freien“ Wirtschaft gewollt oder unbeabsichtigt mittels der Kreditpolitik nach der Währungsreform eine Phase des Klassenkampfes heraufbeschworen, bei dem die Bezieher fester Einkommen, die ihnen im Währungsreformplan zgedachte Position innerhalb der ersten sechs Wochen verloren.

Die Notenbank hat ihre Ermächtigung nicht überschritten, denn sie darf ja bis zehn Milliarden DM-Zettelgeld in Umlauf bringen. Sie hat sich aber ihre Politik zu leicht gemacht. Im Verein mit einer einsichtigen Wirtschaft und Wirtschaftsführung hätte sie sich bis zur Verdoppelung des Notenumlaufs etwa zwei Jahre Zeit lassen können. Sie zog vor, mit leichtem Geld zu regieren, weil es ja dann leichter ist. Jetzt ist der Reallohn gedrückt, notwendige Kaufkraft vernichtet, die

Hoffnung auf Gerechtigkeit in Währung und Wirtschaft untergraben und es ist außerdem mit der Vollbeschäftigung und der Vollentlohnung dahin. Dahin haben liberalistische Klassenpolitik und mißverständene Währungstheorie geführt.

Man hat totalitär gedacht, als man zwischen alle individuellen Kreditverhältnisse die Notenbank schaltete. Es ist nicht so, daß nur die Banken Kredit nehmen und geben können, und es ist auch nicht wahr, daß sie das Geschäft des Kreditgebens und Kreditnehmens am rationellsten betreiben. Es waren Millionen Kreditverhältnisse möglich ohne Vermehrung der ursprünglich wohlüberlegt dosierten Zettelgeldumlaufmenge.

Was hätte geschehen sollen?

Was nötig war, hat Alfred Kubel in der Mainnummer 1949 von „Geist und Tat“ (Seite 201 bis 204) einleuchtend dargelegt. Sein Aufsatz analysiert die neueste Geldpolitik ebenso treffend, wie Kalliefe die von mir zur Diskussion gestellte Hilferding-Brüningsche Geldpolitik kritisch darstellt.

Zu erkennen, daß zwischen der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Geldzettelumlaufmenge und der Geldumlaufgeschwindigkeit ein Zusammenhang besteht, der sich in einem Verhältnis paralleler Zahlenreihen Ausdruck verschafft, ist nicht ganz neu, aber sehr wichtig.

Nun wäre es falsch, zu meinen, daß man die Dinge vom „Schalthebel der Konjunktur“ aus allein meistern könne, denn es handelt sich um keine Verhältnisse, die sich mit starrer Mechanik versinnbildlichen lassen. Und nun taucht die Frage auf, wie soll eine demokratische Kontrolle der Notenbank verwirklicht werden? Leider muß ich sie vorläufig für wirkungslos und unmöglich halten. Das liegt nicht daran, daß wir in den Parlamenten zu wenig Vertreter haben, die von den Geldtheorien, der Geldpolitik und der Geschichte des Geldwesens genug verstehen, sondern daran, daß wir zu wenig Vertreter haben, die die allein durch die Vollentlohnung (wie sie oben definiert ist) zu verwirklichende soziale Gerechtigkeit wollen.

Der Fehler liegt aber noch auf einer anderen Seite. Man hätte den Mut haben müssen, mit dem neuen Geld klein anzufangen, und dazu hätte man nicht mit den neuen Hundertmarkscheinen, sondern mit den neuen Pfennigstücken anfangen sollen. An den alten Geldzeichen haftete das Odium der Unwertigkeit und übertrug sich über sie auf das neue Geld. Das hat die Liquidität auf der ganzen Linie noch ungesund unterstrichen.

Als diese von unten und von oben her gewollte Liquidität über die Preisentwicklung gefahrdrohend wurde, hat man nicht die Kredit- und Diskontpolitik korrigiert, sondern den Abwertungssatz der noch restierenden Festgelder. Darauf mußten sich Millionen sagen; wenn man mir auch den letzten Rest meines sauer ersparten Geldes über Nacht wegstreicht, dann mag auch das noch zum Teufel gehen. Als diese neue Abwertung diktiert wurde, hätten alle Notenbankleute am Schalthebel ihre gut dotierten Posten zur Verfügung stellen müssen, um dieses letzte Unheil in seiner ganzen Größe deutlich zu machen.

Der Grundirrtum

Man hat mittels der Staatsautorität das neue Geld gemacht und das alte vernichtet. Man vernichtete nominale Geldkapitalien unesehen, als ob es sich um lauter Schieber- und Schwarzhändlergewinne handle. Man verkannte, daß das Funktionieren der modernen Currency-Theorie zur Voraussetzung hat, daß hinter der mengen- und umlaufgesteuerten Geldzettelmenge ein Polster vorhanden ist, nämlich das Reservoir einer Kapitaldecke. Diese ist zwar nur nominell in Beziehung zur Geldseite, aber wie man zwischen Beschäftigungsgrad und Geldumlauf eine Parallele findet, so findet man sie auch zwischen Geldumlauf und Wertpapierkursen oder Geldumlauf und Grundstückspreisen.

Der Grundirrtum liegt darin, daß man hofft, mittels einer wohldurchdachten Geldtheorie und einer besonnen verwirklichten Geldpolitik das Schiff der Wirtschaft ungefährdet steuern zu können und daß man das auf „richtigen“ Kurs gesetzte Schiff unbekümmert eine gute Strecke fahren lassen könne, ohne vom Ziel abzukommen. Das ist irrig. Das Geld ist keine wirtschaftstechnische Kategorie in der modernen

Gesellschaftswirtschaft, sondern es ist eine soziale Kategorie, und alle Kräfte innerhalb der Gesellschaft wirken ebenso auf das Geldwesen ein, wie diese Kräfte vom Geldwesen her ermuntert oder erdrückt werden. Das Geld darf nicht während der Wintersaison umlaufswürdig und während der Sommersaison hortungswürdig sein, sondern es muß beides gleichzeitig sein. Dann hat das Individuum die Wahl, sich Wünsche zu erfüllen oder sie zurückzustellen und es wechseln nicht Flucht aus der Ware mit Flucht in die Ware oder Flucht aus dem Geld und Flucht ins Geld, und es entsteht Kapital durch Sparen.

Die Belassung einer ausreichenden Kapitaldecke wäre unentbehrlich gewesen. Ihre Lenkung auf den Bauparkt, den Markt der industriellen Investitionsgüter und der Staatsanleihen wäre mit einfachen Mitteln gelungen, wenn man die Beträge für zehn Jahre festgeschrieben hätte. Der Einzelne hätte für den ihm noch belassenen Nominalbetrag einen Wert entstehen sehen und hätte für die Wiedererrichtung seines Hauses oder Betriebs aus diesen Mitteln einen langfristigen billigen Kredit bekommen. Diese volkswirtschaftlichen Reservekapitalien wären gerade in der Menge in den Umlauf geflossen, wie sie auf Grund der vorhandenen Arbeitskapazität der Bauwirtschaft und ihrer Zulieferungszweige in Bauwerke verwandelt werden konnte. Es hätte gebaut werden können, ohne daß Wertverluste größeren Umfangs befürchtet werden mußten.

In der Industrie wären natürlich Fehlinvestitionen nicht ausgeschlossen — aber können sie das überhaupt sein?

Autoritäre Gewaltakte statt Politik

Nun sind wir vom Extrem der staatlichen Kapitalvernichtung zum Extrem der staatlichen Kapitalschöpfung über die Zweckbesteuerung (Sicherungsgesetz, Rentenbankgrundschuld und Abzweigung von Steuereinkünften für den Wohnungsbau) gekommen. Statt daß Millionen Kreditnehmer durch ihre Millionen Kreditgeber beaufsichtigt und im Zaum gehalten werden (tagsüber, nach Feierabend oder durch zusätzliche Anstrengung) muß nun die Steuerbehörde das zusätzliche Geld hereinschaffen und die Baubehörde seine zweckmäßige Anlage überwachen. Derartige Gewaltakte haben mit der Politik als der höchsten unter den Künsten nicht mehr viel zu tun. Sie verleiten das Individuum zum Gewaltakt im individuellen Sinn, nämlich zum Sichdrücken vom volkswirtschaftlich sinnvollen „Arbeitseinsatz“, zu Scheinarbeitsverhältnissen, zum Steuerbetrug und zu all den vielen „asozialen“ Verhaltensweisen, die unter der Flagge der Demokratie die Anarchie der öffentlichen Willensbildung verdecken. Da hilft auch eine demokratisch beaufsichtigte Notenbankpolitik nicht.

Der Staat kann nicht alle Last tragen, die ihm auf diese Weise von allen Seiten aufgeladen wird. Er muß die Last verteilen und auf der Seite helfen, die die Hilfe im wohlverstandenen Gesamtinteresse am nötigsten hat. Aber das Staatsvolk muß die Lasten, die ihm seine von ihm gewählten Vertreter, nach scharfen parlamentarischen Kämpfen, meinen aufbürden zu müssen, auch willig tragen, sonst taugen die besten Parlamente und bestdurchdachten Gesetze nichts.

Geldtheorie und Geldpolitik die wichtigsten Gebiete der Wirtschaftspolitik

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik kommt der Geldtheorie und Geldpolitik vielleicht deshalb die wichtigste Stellung zu, weil sich hier die etwaigen Fehler am schnellsten und empfindlichsten auswirken. Seit etwa einem Jahrhundert ist eine Geldpolitik Tradition geworden, zu der die Abwertung, Umwertung und Inflation gehören. Das jeweils neu geschaffene Geld wächst in der Menge schneller, weil es sich umso rapider vermehrt, je höher der Zinssatz ist. Mit jeder Geldvermehrung geht ein Steigen der Werte und Preise Hand in Hand. Eine Senkung des Reallohns ist die Folge. Die angenommenen zuvor erreichte Vollentlohnung schrumpft. Damit schrumpfen die Lohnarbeitsplätze automatisch und dann nähert sich jener Krisenpunkt, in dem nach dem starken Mann geschrien wird. Ich habe nicht dieser „Stärke“ das Wort geredet, sondern der unvoreingenommenen Vernunft. Aber das schlimmste, was mit dieser Währungsmanipulationspolitik zusammenhängt, ist noch nicht genug betont: Nach jeder Bereinigung einer verwässerten Währung ist das neugeschaffene Geld rar und der Zins (sein Leihpreis) ist hoch. Die Anlagewerte

aller Art nivellieren in ihrem Preis nach einer Rendite, die durch keine Besteuerung nennenswert berührt wird. Durch den hohen Zins vermehrt sich das Geld schnell. Es entsteht zusätzliche Kaufkraft. Außerdem drücken alle Kräfte auf niedrigen Zinssatz. Bei ermäßigtem Zinssatz erhöhen sich die Anlagewerte und sie können nicht durch Besteuerung auf den Anfangswert gedrückt werden. Man weist beruhigt einen Volksvermögenszuwachs vor. Daß sich dahinter eine Sachwertkonzentration zunehmenden Maßes verbirgt, durch die die Zahl der wirtschaftlich Rückhaltlosen und sozial Haltlosen wachsend vermehrt wird, mußte der zeitgemäße Gegenstand der wirtschaftstheoretischen Diskussion sein.

Vollbeschäftigung ist ein Problem des Kasernenhofs und des Kindergartens. Da müssen alle beschäftigt werden, damit sie nicht auf Dummheiten kommen. Das Problem der Wirtschaft ist die Vollentlohnung. Vollbeschäftigung kann man mittels der Währungspolitik erreichen. Das hat auch Hitler seiner staunenden Mitwelt bewiesen. Welchen Effekt seine „Vollbeschäftigung“ hatte, liegt nun vor aller Augen. Es soll nicht bestritten werden, daß er nach Vollentlohnung strebte, und zwar mit Hilfe des Preiskommissars.

Nun ist der Wirtschaftstheorie die Frage gestellt, wie die bessere Wirtschaftswelt zu schaffen sei. Daß dem Geldwesen dabei eine Hauptrolle zukommt, hat diese Diskussion erwiesen. Daß aber die gegenwärtig praktizierte Geldpolitik auf den falschen Weg führt, hat sich leider auch ergeben.

H. Hagemann:

Um den Unternehmerlohn

Ihr Heft 9/1948 bringt unter der obigen Überschrift einige Ausführungen zu diesem Thema von Oscar Lämmel, die wohl verdienen, etwas näher betrachtet zu werden.

Lämmel spricht von dem verhängnisvollen Einfluß, den Großindustrie und Großgrundbesitz auf das wirtschaftliche und politische Geschehen ausgeübt haben, und daß dieser deshalb weitestgehend eingeeignet werden müsse. Man darf aber bei dieser Betrachtung keinesfalls auch den Handel, besonders den Großhandel, übersehen, die ihr redlich Teil zu dem wirtschaftlichen Chaos beigetragen haben. Im Grunde genommen geht es ja um den Lebensstandard der breiten Masse, die um so mehr leidet, als eine kleine Oberschicht noch immer die Möglichkeit hat, ihre Lebenshaltung weit über das Durchschnittsmaß des Ganzen zu steigern. Und diese Möglichkeit verschafft den wirtschaftlich Stärkeren das im Vergleich zum Geleisteten in keiner Weise vertretbare hohe Einkommen.

Als Gegenstück führt Lämmel das Statut der Zeiß-Stiftung an. Zweifellos ist der darin zum Ausdruck kommende soziale Gedanke hoch anzuschlagen, um so mehr als er zu einer Zeit in die Tat umgesetzt wurde, da eine solche geistige Einstellung noch mehr oder weniger als Utopie betrachtet wurde. Seit dieser Zeit aber hat sich die Struktur unserer gesamten Ökonomie mit ihrer Zusammenballung der Großbetriebe und deren Macht- und Monopolstellung von Grund auf geändert. Die sogenannte persönliche Initiative des Einzelunternehmers ist weitgehend verschwunden und hat Organisationen Platz gemacht, die stark den Charakter einer bürokratischen, autonom funktionierenden Arbeitsweise haben. Ich glaube kaum, daß von diesem Gesichtspunkte aus eine derartige Differenzierung der Einkommen — von 1:10 — zwischen dem Durchschnittsarbeiter und den leitenden Personen gerecht ist. Zu diesem offiziellen Lohn treten ja oft genug auch noch indirekte Vergütungen (Reisegelder, Tagesspesen usw.), die das Einkommen oft wesentlich erhöhen.

Das gegenwärtige große ökonomische Problem besteht darin, den viel zu niedrigen Lebensstandard der arbeitenden Masse zu erhöhen. Daß dies aber kaum möglich ist, wenn die Einkommen z. B. zwischen den Arbeitern und den leitenden Personen eines Industrierwerkes derart weit auseinanderklaffen, kann keinem Zweifel unterliegen. Gerade heute darf man nicht den Gedanken von der Hand weisen, den der große Franzose Rolland in seinem „Johann Christoph“ dem Sinn nach so ausspricht: „Wer mehr besitzt, als er für sich und seine Familie und zur normalen Ausbildung seines Verstandes braucht, ist ein Dieb am Volksgut.“